

Politische Partizipation von Frauen in der Ostschweiz. Analyse der aktuellen Situation.



Impressum

Autorin

Sarah Bütikofer, Dr., ist Politikwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Schweizer Politik und Parlamentsforschung. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Zürich, ist Lehrbeauftragte an verschiedenen Hochschulen der Schweiz und übernimmt Aufträge im Bereich der Wissenschaftsvermittlung.

Herausgeberin

Konferenz Chancengleichheit Ostschweiz & Liechtenstein, September 2019.

Titelbild

Es zeigt die Aufenthaltsdauer in den verschiedenen politischen Ämtern auf lokaler, kantonaler und nationaler Ebene der Politikerinnen und Politiker aus den Kantonen AI, AR, GL, GR, SG und TG seit 1971. © Alessandro Feller

Layout und Druck

selva caro druck ag, Flims www.selvacaro.ch

Auflage

1000 Exemplare

Mit freundlicher Unterstützung der Stiftung für staatsbürgerliche Erziehung und Schulung und der Stiftung Wertbühl

Online-Version

Eine Online-Version dieses Berichts, mit zusätzlichen Darstellungen, ist auf den Internetseiten der staatlichen Gleichstellungsbüros aufgeschaltet.

www.chancengleichheit.ar.ch www.asd.llv.li > Chancengleichheit www.stagl.gr.ch www.gleichstellung.sg.ch

Inhaltsverzeichnis

1 Vorwort	5
2 Einleitung und Zielsetzung der Studie	6
3 Analytisches Vorgehen	6
3.1 Daten und Methoden	7
3.2 Aufbau des Berichts	7
4 Die Politikerinnen der Ostschweiz	8
4.1 Die Vertretung der Ostschweizerinnen auf nationaler Ebene	
4.1.1 Die Ostschweizerinnen im Nationalrat	9
4.1.2 Die Ostschweizerinnen im Ständerat	
4.2 Die Frauen in den politischen Gremien auf kantonaler Ebene	
4.2.1 Der Frauenanteil in den kantonalen Legislativen der Ostschweiz	
4.2.2 Die Regierungsrätinnen in der Ostschweiz	
4.3 Die Frauen in den Gemeindeexekutiven der Ostschweiz	
4.4 Die Unterschiede des Frauenanteils in Regierung und Parlament der Ostschweiz, nach Partei	14
4.4.1 Der Frauenanteil der Parteien	
4.4.2 Der Frauenanteil in politischen Gremien der Ostschweiz, nach Partei	
4.5 Abschliessende theoretische Anmerkungen zum Wahlerfolg von Frauen	
4.5.1 Wahlsystem: Der Erfolg von Frauen im Majorz und Proporz	
4.5.2 Der Einfluss der Parteien auf den Wahlerfolg von Frauen	
4.5.2.1 Sind Frauenlisten die Lösung?	
4.5.2.2 Der Einfluss von Listenplatz und Bisherigenbonus auf den Wahlerfolg	
4.5.3 Wahlverhalten und Wahlteilnahme	
5 Karriereverläufe der Politikerinnen & Politiker der Ostschweiz	
5.1 Gesamtübersicht über die Karrieren der Ostschweizer Politikerinnen und Politiker	
5.2 Karrieren in die nationale Legislative und Exekutive	
5.3 Karrieren in die kantonalen Legislativen und Exekutiven	
5.4 Schlussbetrachtungen bezüglich der politischen Karrieren in der Ostschweiz	
6 Hintergrund der Karrierewege Ostschweizer Politikerinnen	
6.1 Politische Sozialisierung und Einstieg in die Politik	
6.2 Alles eine Frage des Charakters? Über Ehrgeiz, Wille und Disziplin	26
6.3 Die wichtigsten Weichenstellungen:	
Aufnahme in der Partei, Anfragen für Kandidaturen und privater Support	
6.4 Nun wird's konkret: Nomination und Wahlchancen	
6.5 Alleine unter Männern: Wie sich die Rolle der Pionierin anfühlt	
6.6 Die Vereinbarkeitsfrage: Kinder und politische Karriere	
6.7 Die Wege der Frauenförderung: Quoten ja oder nein?	
7 Schlussbetrachtungen	35
8 Literatur	
9 Anhang	
9.1 Ergänzende Darstellungen und Tabellen	
9.2 Liste der bisherigen und amtierenden Politikerinnen der Ostschweiz	
9.3 Karrieredauer und Karrierewege in den einzelnen Kantonen	
9.4 Gesprächsleitfaden	56

1 Vorwort

1971 erhielten die Schweizerinnen das Wahl- und Stimmrecht auf Bundesebene. Ist die politische Partizipation von Frauen 2019 überhaupt noch ein Thema? Durchaus, wie die vorliegende Studie zeigt.

Frauen sind in der Schweizer Politik nach wie vor untervertreten; der höchste Frauenanteil hat der Nationalrat mit rund einem Drittel. In der Ostschweiz werden weniger Frauen gewählt als im nationalen Durchschnitt. Tatsächlich ist der Anteil von Frauen im National- und Ständerat sowie in den Kantonsräten in den letzten Jahren sogar rückläufig. Gleichzeitig zeigte der Frauenstreik 2019, dass Frauenund Geschlechterthemen in der Politik Aufwind haben, und dass es eine neue Generation politisierter Frauen gibt. Wie also können wir den Schwung der Bewegung nutzen, um die politische Partizipation zu verbessern?

Die Studie zeigt, dass es darauf nicht eine Antwort gibt, sondern mehrere: Einerseits müssen genug Frauen zur Wahl stehen. Dazu gehört, dass sich Frauen für ein Amt zur Verfügung stellen, jedoch auch, dass die politischen Parteien Kandidatinnen suchen, fördern und prominent auf den Wahllisten platzieren. Diese Strategie haben insbesondere die Parteien des linken Spektrums konsequent betrieben, mit dem Ergebnis, dass das Geschlechterverhältnis der Gewählten in linken und grünen Parteien beinahe paritätisch ist.

Andererseits muss das Stimmvolk bereit sein, die Kandidatinnen in politische Ämter zu wählen. Dazu müssen insbesondere Frauen an die Urne gehen. Tatsächlich gehen heute weniger Frauen wählen als Männer. Auch hier tut eine verstärkte politische Partizipation Not.

Die Studie bietet ausserdem einen faszinierenden Einblick in das persönliche Erleben: Welche Frauen gehen in die Politik? Um diese Frage zu beantworten, wurden nach Möglichkeit alle Frauen befragt, die seit Einführung des Frauenstimmrechts ein politisches Amt auf Bundesebene oder in einer Kantonsregierung innehatten – ein anspruchsvolles und in dieser Form noch nie dagewesenes Unterfangen. Siebzig Prozent der Politikerinnen gaben an, am Familientisch politisiert worden zu sein. Etwa die Hälfte hatte einen politisch aktiven Vater. Neunzig Prozent der Politikerinnen schätzen sich als willensstark und durchsetzungsfähig ein; rund die Hälfte gibt an, in der Jugend auf hohem Niveau Sport betrieben zu haben.

Sind also selbstbewusste und kompetitive Frauen gefragt? Ja und Nein. Diese Charaktereigenschaften bieten zweifellos Vorteile in der Politik. Das Ziel sollte jedoch sein, mit der egalitären Partizipation der Frauen auch den Stil der Politik zu verändern, so dass es in der Zukunft für eine politische Karriere keine «Ellenbogen» mehr braucht. Auch Frauen und Männer, die ihre Meinung leise vertreten, haben politisch etwas beizutragen.

Was gehört noch zur politischen Partizipation? Eine wache Zivilgesellschaft, die politische Prozesse kritisch begleitet und Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigt. Als solche versteht sich die Konferenz Chancengleichheit Ostschweiz und Liechtenstein. Unser Ziel ist eine ausgeglichene politische Partizipation beider Geschlechter, die nicht nur Frauen, sondern allen zu Gute kommt.

Dr. Verena Witzig, Universität St. Gallen für die Konferenz Chancengleichheit Ostschweiz und Liechtenstein

2 Einleitung und Zielsetzung der Studie

Die Lancierung der Kampagne Helvetia ruft! durch die Frauendachorganisation alliance F und der Operation Libero im September 2018, die Wahl zweier neuer Bundesrätinnen im Dezember 2018 und der Frauenstreik am 14. Juni 2019 haben dazu beigetragen, dass die tiefe Repräsentation der Frauen in der Schweizer Politik nach längerem Dornröschenschlaf wieder zu einem wichtigen Thema in der öffentlichen Debatte wurde. In diesem Zusammenhang steht auch vorliegende Untersuchung.

Die Frauen machen gut die Hälfte der Schweizer Bevölkerung aus, sind aber in Regierungen und Parlamenten untervertreten. Am höchsten ist der Frauenanteil zurzeit im Nationalrat, dort haben Frauen einen Drittel der Sitze inne. Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz im vorderen Mittelfeld, was die Präsenz von Frauen in der Politik angeht.

In der Ostschweiz¹ liegt der Frauenanteil in den politischen Gremien allerdings tiefer als im Schweizer Durchschnitt. Weshalb dies so ist und wie der Frauenanteil in politischen Gremien erhöht werden kann, dem widmet sich die vorliegende Untersuchung, welche von der Konferenz Chancengleichheit Ostschweiz & Liechtenstein in Auftrag gegeben wurde.

Die zentralen Fragestellungen und Zielsetzungen der Untersuchung lauten:

- 1) Welches sind die Gründe für die in der Schweiz und in der Ostschweiz zu beobachtende tiefe Vertretung der Frauen in der Politik?
- 2) Unterscheiden sich die politischen Karrierewege von Politikerinnen und Politikern der Ostschweiz?
- 3) Welche äusseren und individuellen Faktoren erklären die tiefere politische Partizipation von Frauen?
- **4)** Gibt es geeignete Massnahmen, die dazu führen, den Frauenanteil in der Politik nachhaltig zu erhöhen?

Die Gründe für die weibliche Untervertretung sind vielfältig und breit erforscht, doch eine Erklärung, welche losgelöst von Zeit und Ort immer Gültigkeit hat, liefert die wissenschaftliche Literatur nicht.

Die vorliegende Studie wählte als Ansatz eine Fokussierung auf die Karrierewege derjenigen Frauen, die es geschafft haben, d.h. die in höhere politische Ämter gewählt wurden. So weit wie möglich werden die Erkenntnisse im Vergleich mit Männern und der ganzen Schweiz dargestellt, um allfällige Unterschiede zwischen den Geschlechtern oder Regionen herauszustreichen.

3 Analytisches Vorgehen

Die Studie wurde zwischen April und September 2019 realisiert. Sie beruht auf einer Kombination verschiedener Forschungsansätze. Die Frauenvertretung in den unterschiedlichen politischen Gremien der Ostschweiz wird mittels deskriptiver Analysen von aggregierten Daten vorgestellt. Die Analysen der Karrierewege der in politische Ämter gewählten Personen beruhen auf systematisch zusammengetragenen Individualdaten aus anderen Forschungsprojekten. Die zusätzlichen Informationen über die Hintergründe des politischen Engagements sowie eigener Einschätzungen wurden in persönlichen Gesprächen mit den bisherigen sowie amtierenden Politikerinnen der Ostschweiz erhoben.²

¹Unter Ostschweiz werden im folgenden Bericht die Kantone AI, AR, GL, GR, SG und TG verstanden, welche auch zur Konferenz Chancengleichheit Ostschweiz zusammengeschlossen sind und als Auftraggeberin der Studie figurieren. ²Detailliertere Informationen zu den Befragten befinden sich im Anhang in Tabelle A5.

3.1 Daten und Methoden

Für die Untersuchung wurden verschiedene bestehende Datenquellen verwendet, aber auch neue Daten erhoben. Die Auswertungen und deskriptiven Darstellungen des Frauenanteils in den verschiedenen Parlamenten auf nationaler und kantonaler Ebene beruhen auf Informationen über die offiziellen Wahlergebnisse, welche das Bundesamt für Statistik zusammenträgt und in auswertbarer Form zur Verfügung stellt.³

Die Darstellungen der Karriereverläufe der Politikerinnen und Politiker der Ostschweiz basieren auf Informationen zweier unabhängig voneinander erstellten Datensätzen aus anderen Forschungsprojekten, welche der Studienautorin zur Verfügung gestellt wurden (Pilotti und Mach 2019 sowie Turner-Zwinkels et al. 2019).

Die zusätzlichen Informationen über die bisherigen und amtierenden Politikerinnen wurden mittels persönlicher Gespräche anhand eines standardisierten Gesprächsleitfadens mit den Politikerinnen generiert. Die interessierenden Informationen betrafen die politische Sozialisierung, den Parteieintritt, die ersten Parteiaufgaben und Funktionen, die Kandidaturen, Nominationen und Wahlen in politische Ämter, Angaben zum persönlichen Empfinden als Mandatsträgerin sowie die Haltung zur Frauenförderung in der Politik.

3.2 Aufbau des Berichts

In einem ersten Teil wird die Entwicklung des Frauenanteils in der Ostschweizer Politik seit 1971 beschrieben und mit theoretischen Erklärungsansätzen zum Wahlerfolg von Frauen in der Schweizer Politik ergänzt. In einem zweiten Teil werden die Karrierewege der Politikerinnen und Politiker aus der Ostschweiz seit 1971 aufgezeigt und erklärt. Im dritten Teil werden die Antworten der befragten Politikerinnen vorgestellt und eingeordnet. Der Bericht schliesst mit Schlussbetrachtungen ab, worauf aufbauend die Konferenz Chancengleichheit Ostschweiz & Liechtenstein allfällige Handlungsanweisungen für konkrete zukünftige Forderungen ausarbeiten kann.

 $^{^{3}}$ https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/nationalratswahlen.html

4 Die Politikerinnen der Ostschweiz

Seit die Frauen in der Schweiz 1971 das Stimm- und Wahlrecht auf nationaler Ebene erhielten, wurden gesamthaft 46 Frauen aus den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Graubünden, St. Gallen und Thurgau in höhere politische Ämter gewählt. In der gleichen Zeitspanne waren aus den gleichen Kantonen 291 Männer als Bundes-, Stände-, National- oder Regierungsräte im Amt, was einem Geschlechterverhältnis von 86:14 entspricht (Abbildung 1).

14%

■ Frauen
■ Männer

Abbildung 1: Anzahl Frauen und Männer in höheren politischen Gremien der Ostschweiz, seit 1971

Datenbasis: Pilotti und Mach 2019 und Turner-Zwinkels et al. 2019

Die Ostschweiz gilt zusammen mit der Zentralschweiz als zurückhaltend, was die Förderung der Frauenrepräsentation in den politischen Gremien angeht. Zu den acht Kantonen, die 1971 die Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene ablehnten, gehörten auch die Kantone Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, St. Gallen und Thurgau.⁴

Im Gegensatz zu einigen Kantonen der Westschweiz, welche ihren Bürgerinnen schon einige Jahre früher Zugang zu politischen Ämtern gewährten⁵, wurde das Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene in den Kantonen der Ostschweiz überall erst nach der Einführung auf nationaler Ebene eingeführt. Die Kantone Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden folgten sogar erst knapp zwanzig Jahren später.⁶

4.1 Die Vertretung der Ostschweizerinnen auf nationaler Ebene

Nachdem die Schweizer Frauen 1971 das aktive und passive Wahlrecht auf nationaler Ebene erlangt hatten, dauerte es nicht lange, bis die ersten Politikerinnen der Ostschweiz nationale Wahlerfolge feierten. Mit Hanny Thalmann und Hanna Sahlfeld befanden sich unter den ersten Nationalrätinnen auch zwei St. Gallerinnen. Ebene tätig, darunter die drei Bundesrätinnen aus der Ostschweiz in politischen Ämtern auf nationaler Ebene tätig, darunter die drei Bundesrätinnen Ruth Metzler, Eveline Widmer-Schlumpf und Karin Keller-Sutter. Die beiden Majorzkantone Appenzell Innerrhoden und Glarus wählten hingegen noch nie eine Frau in ein Amt der nationalen Legislative.

⁴Das Frauenstimmrecht wurde am 7. Februar 1971 mit einem Volksmehr von 65.7% angenommen. 17 Kantone votierten dafür, acht dagegen. In der Ostschweiz stimmte einzig der Kanton Graubünden der Einführung des Frauenstimmrechts mit 55% Ja-Stimmenanteil zu. Der Nein-Stimmenanteil betrug in Al 71%, in AR 60%, in GL 59%, in TG 56% und in SG 54%. Ablehnend votierten neben den genannten Ostschweizer auch die Zentralschweizer Kantone OW, SZ und UR. ⁵Einführung Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene: 1959 in NE & VD, 1960 in GE, 1966 in BS, 1968 in BL, 1969 in TI, 1970 in LU, VS, ZH. Alle andern Kantone folgten nach der Annahme des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene. ⁶Das Stimmrecht auf kantonaler Ebene erhielten die Frauen in AR 1989 bzw. mussten es sich in Al vor Bundesgericht 1990 erkämpfen. ⁷Bei den Nationalratswahlen im Oktober 1971 wurden zehn Frauen gewählt, darunter Hanny Thalmann (cvp, SG). Hanna Sahlfeld (sp. SG) rückte kurz darauf nach, weil der zuerst in den Nationalrat gewählte Matthias Eggenberger (sp, SG) im zweiten Wahlgang in den Ständerat gewählt wurde.

4.1.1 Die Ostschweizerinnen im Nationalrat

Ab 1971 ging es mit der Frauenvertretung in der grossen Kammer, die in rund zwanzig Kantonen nach Proporz gewählt wird, aufwärts (siehe Abbildung 2, linke Seite). Zu Beginn zwar nur langsam, doch in der Zeit von 1987 bis 2007 konnten die Frauen ihre Vertretung im Nationalrat innerhalb von zwei Jahrzehnten verdoppeln. Bei den Wahlen 2011 ging der Frauenanteil im Nationalrat erstmals um 0.5 Prozentpunkte zurück, 2015 nahm er gesamtschweizerisch wieder etwas zu und zum ersten Mal wurde die 30-Prozent-Hürde geknackt (Seitz 2016).

Die Entwicklung in der Ostschweiz verlief ähnlich. Vor allem ab den 1980er Jahren schafften prozentual immer mehr Ostschweizerinnen den Sprung nach Bern. 2011 erlitt aber auch der Frauenanteil in der Ostschweizer Delegation einen Einbruch und ging um knapp vier Prozentpunkte zurück, weil in Appenzell Ausserrhoden der Sitz, der seit 1995 in Frauenhand war, an einen Mann überging. Seither stagniert der Frauenanteil der Kantone der Ostschweiz bei 27 Prozent und liegt damit unter dem Schweizer Mittel.



Abbildung 2: Entwicklung Frauenanteil National- und Ständerat, seit 1971

Datenbasis: Bundesamt für Statistik. In dieser Analyse sind die Kantone Al, AR, GL, GR, SG und TG berücksichtigt.

4.1.2 Die Ostschweizerinnen im Ständerat

Die Entwicklung des Frauenanteils im Ständerat, der in den meisten Kantonen nach Majorz gewählt wird, verlief allgemein langsamer (siehe Abbildung 2, rechte Seite). Die erste Ständerätin³ hielt ihr Amt nur während der Legislatur 1971–75 inne. Ab 1979 eroberten mehr und mehr Frauen Sitze in der kleinen Kammer, allerdings betrug der Frauenanteil im Ständerat nie mehr als 24 Prozent wie nach den Wahlen im Jahr 2003. Seither ist er wieder rückläufig.

Die Kantone der Ostschweiz haben im Ständerat zusammen zehn Sitze¹⁰, bisher haben erst drei Frauen ihren Kanton in der kleinen Kammer vertreten. Die erste Ständerätin aus der Ostschweiz war Erika Forster (fdp, SG), sie wurde 1995 zum ersten Mal gewählt und hatte das Amt bis 2011 inne. Auf sie folgte Karin Keller-Sutter (fdp, SG), welche im Dezember 2018 in den Bundesrat gewählt und im Ständerat durch einen Mann ersetzt wurde¹¹. Die dritte Ständerätin aus der Ostschweiz, Brigitte Häberli-Koller (cvp, TG), ist seit 2011 im Amt und strebt 2019 die erneute Wiederwahl an.¹²

⁹Der Kanton Appenzell Ausserrhoden musste 2003 auf Grund seiner Bevölkerungsentwicklung einen Nationalratssitz abgeben. Zwar konnte Marianne Kleiner (fdp, AR) den «Frauensitz» der zurücktretenden Dorle Vallender (fdp, AR) übernehmen, da sie den bisherigen Jakob Freund (svp, AR) verdrängte, doch bei ihrem Rücktritt 2011 ging dieser Sitz an Andrea Caroni (fdp, AR) über. ⁹Lise Girardin (fdp, GE) ¹⁰Die Kantone Al und AR je einen, die Kantone GL, GR, SG und TG je deren zwei. ¹¹Im Mai 2019 wurde Benedikt Würth (cvp, SG) als Nachfolger von Karin Keller-Sutter gewählt. Durch die Wahl Würths verloren sowohl die Frauen wie auch die FDP SG ihre langjährige Standesvertretung. ¹²Als bekannt wurde, dass sie die einzige amtierende Ständerätin ist, die sich zur Wiederwahl stellt, kamen Befürchtungen auf, dass der Frauenanteil im Ständerat nach den Wahlen vom Herbst 2019 noch einmal deutlich zurück gehen könnte (Neuhaus 2018). Mittlerweile hat sich der Schleier der Nominationen in allen Kantonen gelüftet und es zeigt sich, dass in etwa der Hälfte der Kantone Frauen mit sehr guten Wahlchancen nominiert sind.

4.2 Die Frauen in den politischen Gremien auf kantonaler Ebene

Sowohl die Parlamente wie auch die Regierungen in den 26 Kantonen der Schweiz sind, wie die Kantone selber, unterschiedlich organisiert. Mehrheitlich wird die kantonale Legislative nach dem Proporzsystem, die kantonale Exekutive nach dem Majorzsystem gewählt. Allerdings gibt es Ausnahmen sowie gemischte Wahlsysteme und zudem eine Reihe kantonaler Besonderheiten, die an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden können, ebenso wenig die zahlreichen institutionellen Reformen in einzelnen Kantonen, welche in den Untersuchungszeitraum fallen.¹³

Die kantonalen Parlamente und Regierungen aus den sechs Ostschweizer Kantonen, worauf sich die folgenden Ausführungen beziehen, sind von unterschiedlicher Grösse und wurden im Untersuchungszeitraum teilweise verkleinert. Auch gibt es bedeutende Unterschiede in den Wahlsystemen. In beiden Appenzell sowie im Kanton Graubünden wird das kantonale Parlament nach Majorzsystem oder in gemischten Systemen gewählt, in den übrigen Kantonen nach Proporz.

4.2.1 Der Frauenanteil in den kantonalen Legislativen der Ostschweiz

In den kantonalen Parlamenten der Schweiz verlief die Entwicklung des Frauenanteils ähnlich wie im Nationalrat: Sobald Frauen zu den kantonalen Wahlen zugelassen waren, eroberten sie die ersten Sitze. 1999 betrug der Frauenanteil in den kantonalen Legislativen gesamtschweizerisch 24 Prozent, seither hat sich die Zunahme kantonaler Legislativpolitikerinnen allerdings deutlich verlangsamt.

Im Gegensatz zu einigen Kantonen der West- oder Nordwestschweiz verfügten die Frauen in der Ostschweiz vor 1971 kein Stimm- und Wahlrecht auf kantonaler Ebene, sie konnten folglich nicht bereits vor 1971 in kantonale Ämter gewählt werden, sondern starteten ab dann bei Null.

Über die Zeit ist in der Ostschweiz die gleiche Entwicklung wie in der Gesamtschweiz zu beobachten, nur liegt der Frauenanteil in den kantonalen Legislativen konstant etwa fünf Prozentpunkte unter dem Schweizer Durchschnitt. Während aktuell über alle kantonalen Parlamente betrachtet rund 29 Prozent aller Sitze von Frauen gehalten werden, liegt der Frauenanteil in den kantonalen Legislativen der Ostschweiz bei 24.5 Prozent (Abbildung 3).

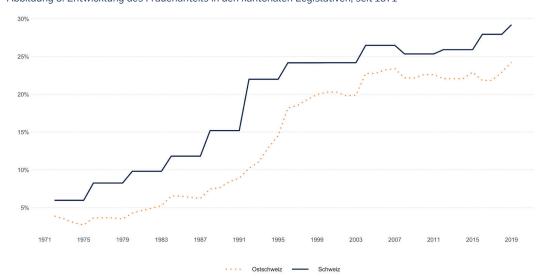


Abbildung 3: Entwicklung des Frauenanteils in den kantonalen Legislativen, seit 1971

Datenbasis: Bundesamt für Statistik. In dieser Analyse sind die Kantone AI, AR, GL, GR, SG und TG berücksichtigt.

¹³Siehe Bochsler et al. (2004), Lutz und Strohmann (1998), Vatter (2002) sowie Vatter (2014) für vertiefte Informationen.

Bekanntlich erlangten die Frauen in Appenzell Ausserrhoden das Stimmrecht auf kantonaler Ebene erst 1989, in Appenzell Innerrhoden noch ein Jahr später. Allerdings holten sie dann auf kantonaler Ebene relativ zügig auf. Der Frauenanteil im Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden erreichte zu Beginn der Nullerjahre mit über dreissig Prozent sogar schweizweite Höchstwerte (Abbildung 4, für eine Gesamtübersicht Abbildung A1 im Anhang).

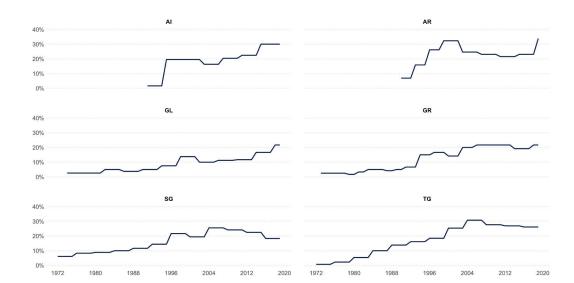


Abbildung 4: Entwicklung des Frauenanteils in den kantonalen Legislativen der Kantone Al, AR, GL, GR, SG und TG

Datenbasis: Bundesamt für Statistik.

In den Kantonen Glarus und Graubünden nahm der Frauenanteil nur sehr langsam zu, ist dafür aber nicht rückläufig, was hingegen in den Kantonen St. Gallen und Thurgau seit einigen Jahren zu beobachten ist.

4.2.2 Die Regierungsrätinnen in der Ostschweiz

1983 wurde in der Schweiz die erste Frau in eine kantonale Regierung gewählt¹⁴, 1991 regierten erst fünf Frauen in den Kantonen mit. Ab Mitte der 1990er Jahre nahm der Frauenanteil aber auch in den kantonalen Exekutiven stark zu und erreichte 2004 einen Höchststand von etwas über einem Viertel, seither ist er stabil (Abbildung 5).

Marianne Kleiner (fdp, AR) und Alice Scherrer (fdp, AR) wurden 1994 als erste Ostschweizer Regierungsrätinnen gleichentags an der Landsgemeinde Appenzell Ausserrhoden gewählt. In den Folgejahren schafften in allen Kantonen der Ostschweiz die ersten Frauen den Sprung in die Regierung, 2006 lag die Frauenvertretung mit knapp einem Viertel am höchsten.

Seither schwankt der Frauenanteil in den kantonalen Exekutiven der Ostschweiz stärker als in der Gesamtschweiz und fiel in den letzten Jahren auch wieder unter die 20-Prozent-Marke zurück. Dies kann damit erklärt werden, dass sowohl in der aktuellen Regierung der Kantone Appenzell Ausserrhoden und Graubünden keine Frauen mehr anzutreffen sind und in den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Glarus und St. Gallen nur je eine Frau mitregiert.

¹⁴Hedi Lang (sp, ZH)



Abbildung 5: Vergleich prozentualer Anteil Frauen in den Kantonsexekutiven der Schweiz und der Ostschweiz

Datenbasis: Bundesamt für Statistik. In dieser Analyse sind die Kantone Al, AR, GL, GR, SG und TG berücksichtigt.

4.3 Die Frauen in den Gemeindeexekutiven der Ostschweiz

Über die Frauenvertretung in der Lokalpolitik wurde weniger geforscht als über den Frauenanteil auf der kantonalen oder nationalen Ebene. Es sind auch keine flächendeckenden Statistiken vorhanden, da viele Gemeinden der Schweiz ohne Parlament auskommen und die Exekutive häufig Milizämter sind.¹⁵

Bis Ende der 1980er Jahre waren die Frauen auf kommunaler Ebene schwach vertreten, in der Mehrheit der Gemeinden sass damals noch keine einzige Frau in der Gemeindeexekutive (Ladner und Amsellem 2019). In den 1990er Jahren nahm der Frauenanteil rasch zu und erreichte fast die 20-Prozent-Marke. Seither wurde der Anstieg deutlich abgebremst. Heute halten Frauen knapp ein Viertel der Sitze in den Gemeindeexekutiven (Abbildung 6). Damit liegt der Frauenanteil ungefähr gleich hoch wie in den kantonalen Regierungen, aber unter dem des Nationalrats und der kantonalen Parlamente bzw. auch der Parlamente der grösseren Städte der Schweiz (Ladner und Amsellem 2019).

¹⁵Die Zahlen und Angaben in diesem Kapitel stammen aus den Erkenntnissen zweier unabhängig voneinander durchgeführter Forschungsprojekte. Gilardi und Dlabac (2018) haben kommunale Wahlprotokolle aus zehn grösseren Kantonen ausgewertet und eine Datenbank über weibliche sowie männliche Mitglieder der kommunalen Exekutiven erstellt. In dieser Datenbank sind die entsprechenden Informationen aber nur für die Kantone St. Gallen sowie Thurgau vorhanden. Ladner et al. befragen die Gemeinden seit 1988 regelmässig zur politischen Organisation und zur lokalen Politik. Auf Basis der erhobenen Informationen aus den Gemeinden, die sich an der Befragung beteiligen, werden Angaben für die ganze Schweiz geschätzt (Ladner und Amsellem 2019).

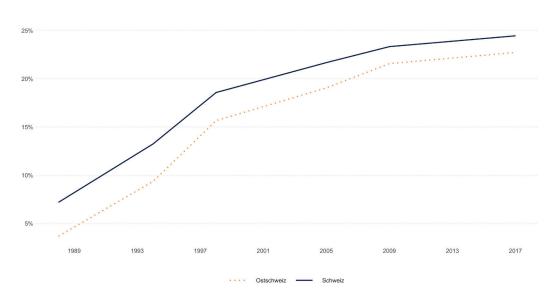


Abbildung 6: Vergleich prozentualer Anteil Frauen in den Gemeindeexekutiven der Schweiz und der Ostschweiz

Datenbasis: Ladner und Amsellem 2019. In dieser Analyse sind die Kantone AI, AR, GL, GR, SG und TG berücksichtigt.

Wie für die kantonalen Parlamente auch, zeigt sich, dass die Frauenvertretung in den Exekutiven der Gemeinden der Ostschweiz die gleiche Entwicklung durchlief wie im gesamtschweizerischen Durchschnitt, aber einige Prozentpunkte tiefer liegt. Allerdings haben gewisse Kantone der Ostschweiz eine grosse Entwicklung durchlaufen, vor allem der Kanton Appenzell Ausserrhoden gehört heute zu den Kantonen mit dem höchsten Frauenanteil in Gemeindeexekutiven (Abbildung 7).

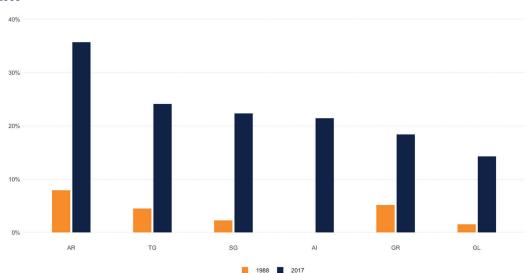


Abbildung 7: Prozentualer Anteil Frauen in den Gemeindeexekutiven der Kantone der Ostschweiz, Entwicklung seit 1988

Datenbasis: Ladner und Amsellem 2019.

4.4 Die Unterschiede des Frauenanteils in Regierung und Parlament der Ostschweiz, nach Partei

Die vorangehenden deskriptiven Analysen zeigen die Entwicklung der Frauenanteile in den verschiedenen politischen Gremien der Ostschweiz auf aggregierter Ebene, das heisst, es wurden nur die absoluten Werte der gewählten Frauen berücksichtigt. Ein wichtiger Faktor, der einen Teil der Untervertretung der Frauen in der Politik erklären kann, ist die Parteizugehörigkeit bzw. die Stärke der Partei. Die Unterschiede des Frauenanteils in den Parteien der Schweiz sind sehr gross und haben einen direkten Einfluss darauf, ob eine Partei überhaupt geeignete Frauen zur Wahl vorschlagen kann oder nicht bzw. ob sich auch unter den Gewählten Frauen befinden.

4.4.1 Der Frauenanteil der Parteien

Die Parteien des linken Spektrums weisen in der Regel die höchsten Anteile an Frauen auf und sind mittlerweile geschlechtsausgeglichen oder haben sogar einen leichten Frauenüberhang. Die bürgerlichen Mitteparteien erreichen im Durchschnitt einen Frauenanteil von etwa einem Drittel, die Parteien, die dem rechten politischen Spektrum zuzuordnen sind, weisen den tiefsten Anteil an Frauen in ihren Reihen auf, er erreicht nach wie vor nicht einmal zwanzig Prozent.

Dieses parteipolitische Verteilungsmuster des Frauenanteils besteht schon seit den Achtzigerjahren (Seitz 2015). Es wird damit erklärt, dass sich die Parteien des linken Spektrums in den letzten Jahrzehnten stark darum bemüht haben, Geschlechterparität zu erreichen, teilweise mit reinen Frauen- bzw. Männerlisten, teilweise aber auch mit parteiinternen Zielquoten für die Listengestaltung. Die andern Parteien waren diesbezüglich zurückhaltender, allerdings gehören Gleichstellungsmassnahmen auch nicht zur ideologischen Grundhaltung dieser Parteien.

4.4.2 Der Frauenanteil in politischen Gremien der Ostschweiz, nach Partei

Die Politikerinnen und Politiker, die in der Ostschweiz seit 1971 in höhere politische Ämter gewählt worden sind, stammen aus zehn Parteienfamilien, zudem war ein substantieller Teil parteiunabhängig (Tabelle A1 im Anhang).¹⁶

Es zeigt sich, dass vor allem die CVP und die FDP, welche in mehreren Kantonen der Ostschweiz über lange Zeit die dominierenden Parteien waren und seit 1971 die Hälfte aller höheren Ämter besetzen, lediglich einen Frauenanteil von zehn Prozent aufweisen. Dafür ist der Frauenanteil in der (ehemaligen) SVP¹⁷ mit zwanzig Prozent wesentlich höher als im Schweizer Durchschnitt, was auch darauf zurückzuführen ist, dass die Geschichte der Partei in den Kantonen Glarus, Graubünden und Thurgau eine andere ist als anderswo im Land.

Die Parteien, die im politischen Spektrum eher links stehen und in der Regel einen hohen Frauenanteil aufweisen, gehören in den Kantonen der Ostschweiz nicht zu den dominierenden Parteien. Der Frauenanteil liegt bei der SP mit 30 Prozent tiefer als im Schweizerischen Mittel, dafür besetzte die Grüne Partei (St. Gallen) ihre Ämter in der nationalen Legislative mit gleich vielen Frauen wie Männern. Die kleineren Mitteparteien GLP und der inzwischen aufgelöste LdU hatten mit einem Drittel ebenfalls einen höheren Frauenanteil als im Schweizer Durchschnitt.

Die vorangehenden Aussagen bezogen sich nur auf die seit 1971 in höhere Ämter gewählten Ostschweizer Politikerinnen und Politiker, der Frauenanteil beträgt lediglich 14 Prozent. Die grössere Datenbasis bieten darum die kantonalen Legislativen, welche im Folgenden im Fokus stehen.

Abbildung 8 zeigt den Frauenanteil unter den gewählten Legislativmitgliedern pro Partei für die Ostschweizer Kantone. Dort zeigt sich im grossen Ganzen das gleiche Bild wie im schweizerischen Durch-

¹⁶Dies gilt für die beiden Appenzell, wo die Parteienlandschaft noch nicht besonders ausdifferenziert ist, sowie für die Gemeindeebene. ¹⁷In den Untersuchungszeitraum fallen mehrere Parteiauflösungen bzw. -gründungen in mehreren Kantonen der Ostschweiz, namentlich in Glarus und Graubünden. Der Einfachheit halber wurden die Mitglieder der Demokratischen Partei, der BGB, der SVP und der BDP für diese Auswertung nicht getrennt betrachtet.

schnitt, wenn auch mit stärkeren Schwankungen zwischen den einzelnen Wahlgängen und einer etwas tieferen Frauenvertretung als im gesamtschweizerischen Mittel.

Mit Abstand am meisten Frauen stellten auch in der Ostschweiz die Grünen sowie die SP. Der Frauenanteil betrug in den letzten zwanzig Jahren immer mindestens ein Drittel, bei den Grünen politisierten
eine Zeit lang sogar mehr Frauen wie Männer. In den letzten Wahlgängen in den Kantonen St. Gallen
und Thurgau verloren allerdings beide Parteien Sitze, welche von Frauen besetzt waren. Im Mittelfeld
liegen die CVP, die FDP und die EVP mit einem durchschnittlichen Frauenanteil von um zwanzig Prozent, während die GLP und vor allem die BDP und SVP in den kantonalen Legislativen mit nur etwa zehn
Prozent den tiefsten Frauenanteil aufweisen. Eine Besonderheit sind die Parteiunabhängigen, welche in
den Kantonen Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden auch in der kantonalen Legislative vertreten
sind. Sie decken ein breites politisches Spektrum ab, in ihren Reihen sind auch viele Frauen anzutreffen,
allerdings sind grosse Schwankungen des Frauenanteils zu beobachten.

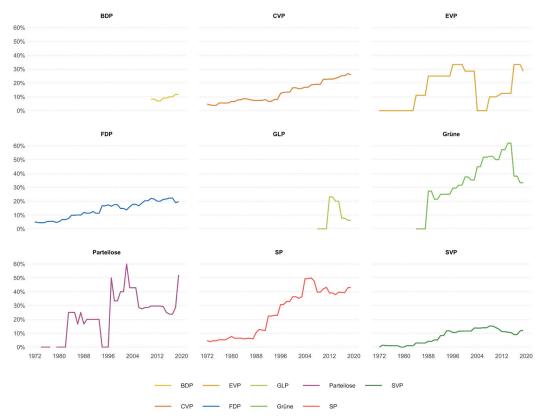


Abbildung 8: Darstellung des Frauenanteils in den Parteien der Ostschweiz (Kantonale Legislative)

Datenbasis: Bundesamt für Statistik. In dieser Analyse sind die Kantone Al, AR, GL, GR, SG und TG berücksichtigt.

4.5 Abschliessende theoretische Anmerkungen zum Wahlerfolg von Frauen

Im Allgemeinen liegen zwischen einer repräsentierten und einer repräsentierenden Person drei Selektionsschritte: Erstens muss eine Person verfügbar und an einem Amt interessiert sein. Zweitens muss sie von einer Partei zur Wahl vorgeschlagen werden und drittens muss diese Person von der Wählerschaft gewählt werden.

Potentiell an einem Amt Interessierte müssen folglich selber entscheiden, ob sie sich zu einem bestimmen Zeitpunkt zur Verfügung stellen oder ob sie von einer Kandidatur absehen. Ist diese erste, nicht zu unterschätzende, Hürde genommen, muss die interessierte Person von ihrer Partei als für eine Kandidatur in Frage kommend betrachtet werden und sich allenfalls auch gegen innerparteiliche Konkurrenz durchsetzen. Als letzte Hürde steht die Wahl an. Am Wahltag bringen die Wählerinnen und Wähler ihre Partei- und Personenpräferenzen zum Ausdruck und entscheiden darüber, von wem sie sich repräsentieren lassen wollen.





Der Anteil der Frauen in politischen Gremien hängt somit von einer Vielzahl an Faktoren ab, welche von unterschiedlicher Bedeutung sind und sich über die Zeit gewandelt haben. Die umfangreiche Forschungsliteratur zur Thematik hat sich den gesellschaftlichen, kulturellen, politischen, aber auch individuellen Faktoren gewidmet. Allgemeingültige Schlussfolgerungen zu ziehen, die für jedes politische System zu jedem Zeitpunkt Gültigkeit haben, ist aber nicht möglich.

Im Folgenden werden Erkenntnisse aus der Schweizer Wahlforschung im Bereich des Wahlsystems, des Parteienverhaltens sowie des Verhaltens der Wählerinnen und Wähler vorgestellt und in Zusammenhang mit der Vertretung der Frauen in den politischen Institutionen gebracht.

4.5.1 Wahlsystem: Der Erfolg von Frauen im Majorz und Proporz

Eine Besonderheit des schweizerischen politischen Systems ist das parallele Verwenden verschiedener Wahlsysteme innerhalb des gleichen Wahlkreises. Für die kantonale Legislative sowie für den Nationalrat kommt in den Kantonen in der Regel ein Proporzsystem, für Regierungs- sowie Ständeratswahlen ein Majorzsystem zur Anwendung – Ausnahmen vorbehalten.

Folglich müssen Ständerätinnen und -räte – im Gegensatz zu Kandidierenden für den Nationalrat – in Majorzwahlen bestehen. ¹⁸ Das Gleiche gilt für Kandidierende für den Nationalrat in kleinen Kantonen, die nur über einen Sitz in der grossen Kammer verfügen. ¹⁹ Kandidierende aus kleinen Parteien sowie aus den Parteien, die an den Rändern des politischen Spektrums anzusiedeln sind, haben im Majorzwahlsystem in der Regel mehr Mühe, einen Sitz zu gewinnen, da nur Kandidierende, die weit über die eigene Wählerbasis hinaus Stimmen generieren, das nötige Mehr erreichen können.

Lange Zeit ging man davon aus, dass sich das Majorzsystem nachteilig auf weibliche Kandidaturen auswirkt. Es gibt aber Untersuchungen, die zeigen, dass Ständeratskandidatinnen sogar mit besseren Wahlchancen antreten als Kandidaten, sofern sie von einer Partei nominiert werden, die den Sitz mit grosser Wahrscheinlichkeit gewinnt, d.h. die im betreffenden Kanton bereits über längere Zeit einen Sitz besetzte (Ballmer-Cao und Bütikofer 2007, Bütikofer et al. 2008). Anzufügen ist jedoch auch, dass im Ständerat vorwiegend Personen mit langjähriger politischer Erfahrung, d.h. viel Fachexpertise, grossem Bekanntheitsgrad sowie breitem Netzwerk sitzen. Folglich ist die langjährige Aufbauarbeit für die Nomination einer chancenreichen Kandidatin durch die Parteien unabdingbar.



4.5.2 Der Einfluss der Parteien auf den Wahlerfolg von Frauen

Von grosser Bedeutung für einen Wahlerfolg ist – zumindest für umkämpfte Ämter auf nationaler und kantonaler Ebene² – in der Regel die Partei, denn diese schlägt interessierte Personen zur Wahl vor. Allerdings hat nicht jede Partei in jedem Wahlkreis die gleichen Erfolgschancen, was sich direkt auf die Wahlchancen der Kandidierenden der einzelnen Parteien in einem Wahlkreis auswirkt. Dazu kommt, dass der Frauenanteil in den Parteien der Schweiz stark variiert. In der Regel sind auf den Wahllisten der Parteien, die auf dem politischen Spektrum eher links eingestuft werden, deutlich mehr Frauen zu finden als in den anderen Parteien (Seitz 2016).

¹⁸ Ausser in den Kantonen Jura und Neuchâtel. Zudem wird die Standesvertretung von Appenzell Innerrhoden durch die Landsgemeinde bestimmt. ¹⁹AR (seit 2003), AR, GL, NW, OW, UR ²⁰In den Kantonen Al und AR sind auch auf kantonaler Ebene Personen ohne Parteibindung in politischen Ämtern tätig, in den meisten andern Kantonen sind Parteiunabhängige fast nur noch in kommunalen Ämtern anzutreffen.

Mittlerweile entspricht die Frauenvertretung in den politischen Institutionen der Schweiz ungefähr dem Anteil der Frauen in den Parteien im Verhältnis zu deren Wählerstärke. Ein breites Angebot an Frauenkandidaturen in allen Parteien kann demzufolge durchaus zu einem höheren Frauenanteil unter den Gewählten führen.²¹

4.5.2.1 Sind Frauenlisten die Lösung?

Geschlechtergetrennte Wahllisten werden in der Schweiz seit geraumer Zeit erprobt und ihre Wirkung erforscht (Seitz 2019). In den Kantonen Graubünden, St. Gallen und Thurgau haben schon mehrere Parteien bei mehreren Nationalratswahlen Frauenlisten aufgestellt, allerdings mit durchzogenem Erfolg. Am erfolgreichsten war die SP St. Gallen, welche zwischen 1997 und 2005 jeweils mit geschlechtergetrennten Wahllisten antrat und bei jedem Wahlgang auf jeder Liste je ein Mandat gewann.²² Die SP Thurgau trat sowohl 1995 wie auch 1999 mit geschlechtergetrennten Wahllisten an, das jeweils gewonnene Mandat kam von der Männerliste.²³ In den 1990er Jahren traten in St. Gallen auch die Grünen mit Frauen- und Männerlisten an, sowohl 1991 wie 1995 gewannen sie mit der Frauenliste ein Mandat. Die Männerliste blieb erfolglos. Auch die CVP St. Gallen trat 1991 mit einer Frauenliste an, allerdings erfolglos, alle drei Mandate gingen an die Männerliste, genauso wie in Graubünden, wo die CVP-Männerliste 2007 ein Mandat gewann, während die CVP-Frauen leer ausgingen.

Die Erfahrungen der Ostschweizer Parteien mit geschlechtergetrennten Wahllisten entsprechen den bisherigen schweizweiten Erkenntnissen: geschlechtergetrennte Listen sind keine Wunderwaffen auf dem Weg ins Parlament (Seitz 2019). Am erfolgreichsten setzten sie die SP sowie die Grünen ein. Bürgerliche Frauenlisten waren hingegen meistens erfolglos. Ganz allgemein haben Frauen in bürgerlichen und rechten Parteien seit der Einführung des Frauenwahlrechts bei Parlamentswahlen einen schwereren Stand als Frauen auf grünen und linken Listen und zwar sowohl auf gemischten wie auf geschlechtergetrennten Wahllisten.

4.5.2.2 Der Einfluss von Listenplatz und Bisherigenbonus auf den Wahlerfolg

Noch nie wollten so viele Frauen in ein nationales Amt gewählt werden wie bei den anstehenden eidgenössischen Wahlen vom Herbst 2019. Die eingegangenen Wahllisten weisen einen Frauenanteil von vierzig Prozent aus, was gegenüber den Wahlen im Jahr 2015 eine Zunahme von fünf Prozentpunkten ist.

Auch in der Ostschweiz zeigte der Aufruf Helvetia ruft! Wirkung: Die Wahllisten aus den Kantonen St. Gallen, Thurgau und Graubünden weisen alle eine Steigerung des Frauenanteils gegenüber den Wahlen von 2015 auf. In den Kantonen Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden kandidieren für den jeweils einzigen Sitz ebenfalls Frauen, in Glarus hingegen nicht. Allerdings kandidieren für die gesamthaft 26 Sitze in den sechs Ostschweizer Kantonen 22 Bisherige, davon sieben Frauen, was einem Anteil von 85 Prozent entspricht.

Einmal gewählt und im Amt bewährt, steigen die Wiederwahlchancen für die nächste Wahl rapide. Empirische Studien zeigen zwar für die Schweiz, dass Nationalrätinnen mit knapp neunzig Prozent sogar noch höhere statistische Wiederwahlchancen haben als Nationalräte mit gut achtzig Prozent (Lutz 2015). Allerdings liegt darin auch die Krux: Ist der Männeranteil in einem Parlament sehr hoch und stellen sich sehr viele bisherige Männer zur Wiederwahl, ist es für neue Kandidatinnen schwieriger, Sitze zu erobern, auch wenn sie zahlreich zur Wahl antreten.

Nicht zu unterschätzen ist auch der Listenplatz auf den Wahllisten der Parteien, welche reelle Chancen haben, Sitze zu gewinnen (Lutz 2010). In manchen Parteien werden Listenplätze alphabetisch vergeben

²¹Diesem Punkt wurde im vorliegenden Bericht nicht weiter Rechnung getragen, aber die Finanzierung der Wahlkämpfe und die finanzielle Unterstützung von Kandidierenden sowie Fundraising unterscheiden sich zwischen den Parteien und können einen Einfluss auf die Präsenz von Frauen in der Politik haben. ²²1997 gewann die SP SG bei den Nationalratswahlen zwei Sitze auf der Männerliste und einen Sitz auf der Frauenliste, bei den anderen Wahlgängen jeweils ein Mandat pro Liste. ²³Die bisherige Nationalrätin Menga Danuser (sp. TG) verlor 1995 sogar ihr Mandat, obwohl sie mehr persönliche Stimmen halte als der Konkurrent auf der Männerliste, die aber insgesamt häufiger gewählt wurde. ²⁴Veränderung und Anteil Frauen auf dem ersten Listenplatz

oder es kommt das sogenannte Zebra-System zur Anwendung, d.h. dass Frauen und Männer abwechselnd aufgeführt werden. In der Mehrheit der Parteien aber werden Listen prospektiv zum zu erwarteten Wahlerfolg erstellt. Auf den Spitzenplätzen stehen in der Regel die bisherigen Kandidierenden, gefolgt von Personen mit dem höchsten Bekanntheitsgrad.

Die neusten Analysen zur Schweiz zeigen, dass Frauen und Männer mittlerweile mit den gleichen Chancen ins Rennen steigen. Allerdings brauchen Frauen bessere Listenplätze als Männer, um gewählt zu werden, d.h. sie sollten idealerweise auf einem der ersten beiden Listenplätze stehen (Gilardi 2015).

4.5.3 Wahlverhalten und Wahlteilnahme

Die Frage, ob Kandidatinnen von Wählenden generell anders beurteilt werden als Kandidaten, wurde nachhaltig untersucht. Grundsätzlich entscheiden sich Wählende auf Grund ihrer politischen Überzeugungen zuerst für eine Partei. In der Regel für diejenige, welche ihnen ideologisch am nächsten oder zumindest nahesteht. Untersuchungen zeigen aber, dass Geschlecht, Alter oder Beruf der Kandidierenden durchaus auch eine wichtige Rolle spielen. Es gibt Hinweise darauf, dass Wählende dazu tendieren, Personen zu unterstützen, die ähnliche persönliche Merkmale aufweisen wie sie selbst (Campbell und Cowley 2014).

Die Vertretung der Frauen in der Politik ist aber nicht nur das Ergebnis der Entscheidungen derjenigen Personen, die an der Wahl teilnehmen, sondern hängt auch mit der allgemeinen Wahlteilnahme zusammen. In der Schweiz beteiligt sich im langjährigen Mittel nur gerade die Hälfte der Wahlberechtigten an Wahlen. Dies kann zur Folge haben, dass die soziale und politische Zusammensetzung der tatsächlichen Wählerschaft – im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung – verzerrt wird (Selb und Lachat 2004). So zeigen zahlreiche Untersuchungen zum Wahlverhalten denn auch, dass jüngere Menschen, weniger gut Ausgebildete und Personen mit tieferem Einkommen, aber auch Frauen eine tiefere Wahlteilnahme aufweisen als die jeweilige Vergleichsgruppe der Älteren, besser Ausgebildeten, Besserverdienenden sowie der Männer.

In der Schweiz hinkt die allgemeine Wahlteilnahme der Frauen derer der Männer hinterher.²⁵ Insbesondere ältere Frauen wiesen über lange Zeit eine deutlich tiefere Wahlteilnahme auf als ältere Männer, was mit der späten Einführung des Frauenstimmrechts zusammenhängt. Eine tiefe weibliche Wahlbeteiligung kann sich somit negativ auf den Wahlerfolg von Kandidatinnen auswirken.²⁶

5 Karriereverläufe der Politikerinnen & Politiker der Ostschweiz

Im vorangehenden Kapitel wurde aufgezeigt, wie hoch der Frauenanteil in welchen Gremien ist und wie er sich über die Zeit entwickelt hat. Im folgenden Kapitel soll der Fokus auf diejenigen Personen gerichtet werden, welche sich dazu entschlossen haben, sich für politische Ämter zur Verfügung zu stellen. Folgende Aussagen und Darstellungen beziehen sich folglich auf die 46 Frauen und 291 Männer, die ab 1971 bis 2019 in einem höheren politischen Amt der sechs untersuchten Kantone tätig waren und über deren Karriereverläufe Informationen vorhanden sind.²⁷

Die idealtypische Politikerinnen- bzw. Politikerkarriere gibt es nicht, denn der Werdegang einer Person hängt von zahlreichen individuellen und strukturellen Faktoren ab. Dennoch zeigen sich einige Unterschiede, wenn man die Karrierewege²⁸ der Ostschweizer Politikerinnen und Politiker vergleicht.

Allerdings muss vorausgeschickt werden, dass das Geschlechterverhältnis in den jeweiligen Gremien sehr ungleich ist (Tabelle 1). Ausser im Bundesrat waren Frauen in allen Ämtern eine klare Minderheit. Dieses Geschlechtermissverhältnis erschwert allfällige Vergleiche und die Aussagen über die Karrierewege der Ostschweizerinnen lassen sich auch nicht verallgemeinern.

²⁵Siehe Abbildung A2 im Anhang ²⁶Die Unterschiede in der Wahlteilnahme der Geschlechter sind auf nationaler Ebene untersucht, für die einzelnen Kantone liegen jedoch keine detaillierten Zahlen vor. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass sich die Situation in der Ostschweiz völlig anders präsentiert als in anderen Regionen der Schweiz. ²⁷ Vgl. Pilotti und Mach (2019) und Turner-Zwinkels et al. (2019) ²⁸Die Analysen über die Karrierewege zeigen die politischen Ämter ab der kommunalen Legislative. Parteiämter und weitere Funktionen im Parlament sind auf Grund der nicht vollständigen Datenlage nicht berücksichtigt.

Tabelle 1: Geschlechterverhältnis in kantonalen und eidgenössischen politischen Ämtern der Ostschweiz, seit 1971

Gremium	Frauen	Männer	Anteil Frauen
Bundesrat	3	4	43%
Ständerat	3	48	6%
Nationalrat	29	122	24%
Regierungsrat	18	175	10%

Datenbasis: Pilotti und Mach 2019 und Turner-Zwinkels et al. 2019

5.1 Gesamtübersicht über die Karrieren der Ostschweizer Politikerinnen und Politiker

Das Einstiegsalter in ein kantonales oder eidgenössisches Amt liegt für Politikerinnen bei 42.1, für Politiker der Ostschweiz bei 42.7 Jahren. Die Dauer der politischen Karriere ist für Männer im Allgemeinen Länger als für Frauen, allerdings mit grossen Unterschieden zwischen den Kantonen. Da aber seit 1971 in den beiden Appenzell sowie in Glarus bisher nur sehr wenige Frauen überhaupt in einem politischen Amt tätig waren, beziehen sich die ausgewiesenen Durchschnittswerte nur auf ganze wenige Personen (Tabelle 2).29

Tabelle 2: Durchschnittliche Dauer einer politischen Karriere in Jahren, Vergleich Männer und Frauen

Kanton	Männer	Frauen	Differenz in Jahren
Appenzell Innerrhoden	16.3	8.5	7.8
Appenzell Ausserrhoden	20.3	16.8	3.5
Glarus	25.6	16	9.6
Graubünden	20.9	13.7	7.2
St. Gallen	21.8	18.7	3.1
Thurgau	24	18	6

Datenbasis: Pilotti und Mach 2019 und Turner-Zwinkels et al. 2019

Wie Abbildung 9 zeigt, trat die Mehrheit der Politikerinnen direkt auf kantonaler Ebene in Erscheinung. Dies im Gegensatz zu den Männern, welche häufiger als erstes ein Amt auf kommunaler Ebene hatten. 39 Prozent der Politikerinnen starteten ihre Karriere in einem Amt auf der Gemeindeebene, bei den Männern ist dieser Anteil mit 71 Prozent fast doppelt so hoch.



²⁹ Anzahl (Anteil seit 1971) Frauen, die bisher pro Kanton in ein höheres Amt gewählt wurden: Al 2(4%), AR 4(10%), GL 3(10%), GR 6(13%), SG 21(30%), TG 10(19%)

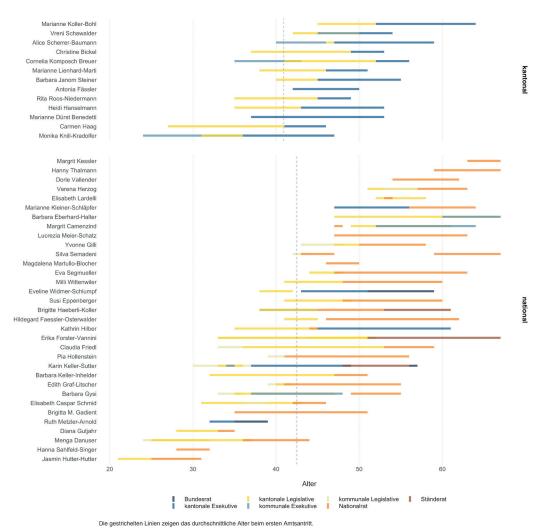


Abbildung 9: Karriereverläufe der Politikerinnen auf kantonaler bzw. nationaler Ebene

Datenbasis: Pilotti und Mach 2019 und Turner-Zwinkels et al. 2019

5.2 Karrieren in die nationale Legislative und Exekutive

Im Folgenden werden die Karriereschritte in die Ämter auf der nationalen Ebene aufgezeigt. Deutlich zeigt sich, dass das Amt im Ständerat in der Regel nur von Personen mit langjähriger politischer Erfahrung³⁰ ausgeübt wird. Im Durchschnitt verfügten die drei bisherigen Ständerätinnen der Ostschweiz bei Amtsantritt knapp 18 Jahre, die Ständeräte mit gut 19 Jahren sogar noch etwas mehr an politischer Erfahrung (Abbildung 10). Beim Einstiegsalter ins Amt gibt es zwischen den Geschlechtern keine Unterschiede, er erfolgte im Durchschnitt mit etwas über fünfzig Jahren (Tabelle 3).

³⁰Es wurden politische Ämter in der Exekutive und Legislative auf der kommunalen, kantonalen und nationalen Ebene berücksichtigt. Engagements und Ämter in Parteien sowie Tätigkeiten in Kommissionen auf Gemeindeebene sind in den bestehenden Datenbanken Pilotti und Mach 2019 sowie Turner-Zwinkels et al. 2019 nicht vollständig vorhanden.

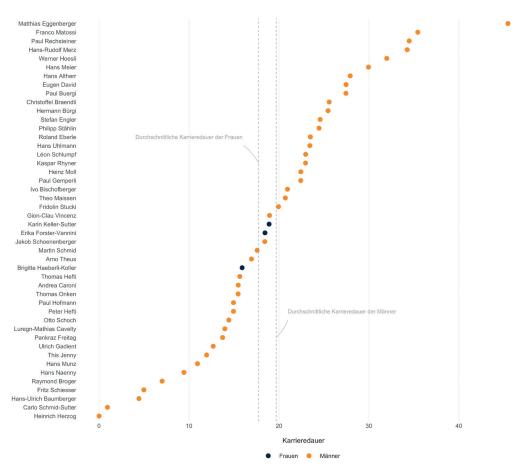


Abbildung 10: Darstellung der politischen Erfahrung beim Eintritt in den Ständerat

Datenbasis: Turner-Zwinkels et al. 2019

Diese politische Erfahrung sammelten alle drei bisherigen Ständerätinnen der Ostschweiz zuerst auf der kommunalen Ebene ihrer Wohngemeinde und danach in der kantonalen Legislative ihres Kantons. Eine Ständerätin war vor der Wahl in den Ständerat Nationalrätin, eine andere Regierungsrätin und eine Ständerätin schaffte den Sprung in die kleine Kammer direkt aus dem Kantonsrat.

Knapp die Hälfte der Männer, die seit 1971 einen Ostschweizer Kanton im Ständerat vertreten haben, sass vorher im Regierungsrat, ein Viertel im Nationalrat. Zwischen Nationalrätinnen und Nationalräten sowie zwischen Ständerätinnen und Ständeräten gibt es in Bezug auf die politische Karriere denn auch wenig Unterschiede.

Tabelle 3: Übersicht über die wichtigsten Merkmale bei Amtsantritt der Ständerätinnen und -räte

	Frauen	Männer
Einstiegsalter	50.6	51.5
Erfahrung auf Gemeindeebene	100%	58%
Erfahrung kantonale Legislative	100%	74%
Erfahrung kantonale Exekutive	33%	44%
Erfahrung Nationalrat	33%	26%

Datenbasis: Turner-Zwinkels et al. 2019

Das Einstiegsalter in den Nationalrat beträgt 46 Jahre, zwischen den Geschlechtern gibt es diesbezüglich keine Unterschiede. Die Karrierewege in den Nationalrat unterscheiden sich dahingehend, dass Frauen häufiger in den Legislativen von Gemeinden Erfahrungen sammelten als Männer, dafür amteten sechs Mal so viele Männer wie Frauen in der Gemeindeexekutive (Tabelle 4). Das hat allerdings einen starken Zusammenhang mit der Parteizugehörigkeit. 32 Eine Nationalrätin war vorher Mitglied einer kantonalen Exekutive. Dies ist jedoch ein sehr seltener Karriereschritt, auch bei Männern kam er nur in ganz wenigen Fällen vor. 32

Betreffend der Erfahrung in der kantonalen Legislative gibt es hingegen kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern: 61 Prozent der Nationalrätinnen aus der Ostschweiz und 66 Prozent der Nationalräte waren Mitglied in einem Kantonsparlament, bevor der Schritt auf die nationale Ebene erfolgte.

Tabelle 4: Übersicht über die vorangehende politische Erfahrung der Nationalrätinnen und -räte

	Frauen	Männer
Einstiegsalter	46.1	46.2
Erfahrung Gemeindelegislative	32%	20%
Erfahrung Gemeindeexekutive	6%	30%
Erfahrung kantonale Legislative	61%	66%
Erfahrung kantonale Exekutive	<1%	<1%

Datenbasis: Turner-Zwinkels et al. 2019

Bisher stellte die Ostschweiz drei Bundesrätinnen, was einem sehr hohen Anteil gleichkommt, gab es doch in der Schweiz bisher gesamthaft nur deren neun.³³ Seit 1971 stammten auch vier Bundesräte aus der Ostschweiz.³⁴

Der Einsitz in den ersten politischen Ämtern war für künftige Bundesrätinnen bzw. -räte gleich. Zu je einem Drittel waren sie in den Gemeindeexekutiven bzw. -legislativen tätig, zu zwei Dritteln in der kantonalen Legislative.

Die bisherigen Ostschweizer Bundesrätinnen waren zuvor alle in kantonalen Exekutiven tätig, während dies seit 1971 nur ein Ostschweizer Bundesrat war. Dafür waren die Männer in der nationalen Legislative präsenter, zu je zwei Dritteln brachten sie Erfahrung aus dem National- bzw. Ständerat mit.

³¹ Auf die vier grossen Parteien fielen ungefähr gleich viele Nationalratsmandate, aber die Frauen stammten zu fast vierzig Prozent aus den Parteien des linken Spektrums sowie aus Ortschaften mit einer kommunalen Legislative, während über die Hälfte der Männer der CVP oder FDP angehörten, welche in Ämter der Gemeindeexekutiven überdurchschnittlich vertreten sind (vgl. Ladner 2019). ³² Marianne Kleiner (fdp, AR) wurde nach dem Rücktritt aus der kantonalen Exekutive in den Nationalrat gewählt, sie war die einzige von 29 Nationalrätinnen mit diesem Karriereschritt (0.3%). Auch elf Männer gehörten vor dem Nationalratsmandat einer kantonalen Exekutive an (0.9%). ³³ Elisabeth Kopp (fdp, ZH), Ruth Dreifuss (sp, GE), Ruth Metzler (cvp, AI), Micheline Calmy-Rey (sp, GE), Doris Leuthard (cvp, AG), Eveline Widmer-Schlumpf (bdp, GR), Simonetta Sommaruga (sp, BE), Karin Keller-Sutter (fdp, SG) und Viola Amherd (cvp, VS). ³⁴ Kurt Furgler (cvp, SG), Arnold Koller (cvp, AI), Hans-Rudolf Merz (fdp, AR) und Leon Schlumpf (svp, GR).

Unterschiede zeigen sich auch beim Durchschnittsalter zum Zeitpunkt der ersten Wahl: Bundesrätinnen waren mit gut 47 im Durchschnitt sieben Jahre jünger als Bundesräte, die das Amt im Durchschnitt mit 54 antraten (Tabelle 5).

Tabelle 5: Übersicht über die vorangehende politische Erfahrung der Bundesrätinnen und -räte

	Frauen	Männer
Einstiegsalter	47.3	54.3
Erfahrung Gemeindelegislative	33%	33%
Erfahrung Gemeindeexekutive	33%	33%
Erfahrung kantonale Legislative	66%	66%
Erfahrung kantonale Exekutive	100%	33%
Erfahrung Nationalrat	0	66%
Erfahrung Ständerat	33%	66%

Datenbasis: Turner-Zwinkels et al. 2019

5.3 Karrieren in die kantonalen Legislativen und Exekutiven

Ein Amt auf kantonaler Ebene gilt in der Regel als Lackmustest für Personen mit politischen Ambitionen. Rund drei Viertel der Mitglieder der Bundesversammlung bringen Erfahrung aus der kantonalen Legislative mit, gleichzeitig ist der Kantonsrat aber auch für viele Personen die letzte politische Station, wenn sie im Milizsystem an ihre persönliche Belastbarkeitsgrenzen stossen, was die Organisation von Beruf, Familie und Politik angeht (Feh Widmer 2015). Ein Rücktritt aus dem Kantonsrat ist in der Regel der definitive Abschied von der Politik.

Dies dürfte auch in der Ostschweiz so sein. Bei etwas über sechzig Prozent aller Politikerinnen und Politiker, die in der Ostschweiz seit 1971 in ein höheres Amt gewählt wurden, führte der politische Werdegang über die kantonale Legislative. Von den 46 bisherigen Politikerinnen aus der Ostschweiz hatten 33 Frauen, d.h. 71 Prozent, ein Amt im Kantonsrat inne, bei den Männern liegt der Anteil mit 60 Prozent etwas tiefer. Somit kann die kantonale Legislative auch für Ostschweizer Politikerinnen und Politiker als das wichtigste Gremium auf dem politischen Weg bezeichnet werden. In keiner anderen Funktion haben sowohl Männer wie Frauen anteilsmässig am häufigsten politische Erfahrungen gesammelt.

Wenig erstaunt, dass auch der Weg in die Kantonsregierung eines Ostschweizer Kantons bisher sowohl für Frauen wie Männer am häufigsten über den Kantonsrat führte (Tabelle 6). Drei Viertel der Regierungsrätinnen bringen politische Erfahrung aus der kantonalen Legislative mit, bei den Männern liegt der Anteil bei knapp sechzig Prozent. Männer bringen dafür fast doppelt so oft Erfahrung aus der kommunalen Ebene mit in die Regierung, 45 Prozent der Männer waren auf Gemeindeebene politisch aktiv, aber nur 22 Prozent der Frauen.

Mitglieder der traditionellen bürgerlichen Parteien CVP und FDP gingen häufiger den Weg über die Gemeinde, während Regierungsrätinnen der Parteien des linken Spektrums vor ihrer Wahl in die Regierung alle auf der kantonalen Legislative politisiert haben.

Tabelle 6: Übersicht über die vorangehende politische Erfahrung der Regierungsrätinnen und -räte

	Frauen	Männer
Einstiegsalter	43	48
Erfahrung auf kommunaler Ebene	22%	45%
Erfahrung Gemeindelegislative	5%	10%
Erfahrung Gemeindeexekutive	21%	39%
Erfahrung kantonale Legislative	73%	58%
Erfahrung nationale Legislative	5%	9%

Datenbasis: Turner-Zwinkels et al. 2019

5.4 Schlussbetrachtungen bezüglich der politischen Karrieren in der Ostschweiz

Auch wenn in jüngster Zeit mehrere politische Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger für spektakuläre Schlagzeilen gesorgt haben, ist zu betonen, dass der Weg in höhere politische Ämter in der Schweiz nach wie vor über ein Engagement auf der lokalen Ebene beginnt. Die politischen Institutionen in den Schweizer Gemeinden bieten der Bevölkerung viele Möglichkeiten, aktiv an der demokratischen Selbstverwaltung einer Gemeinschaft mitzuwirken. Schon manche politische Karriere nahm denn auch mit einem ersten Engagement auf der lokalen Ebene – der «Schule der Demokratie» (Kübler 2015) – ihren Lauf.

Von den gesamthaft 337 untersuchten Karrierewegen der Politikerinnen und Politiker der Ostschweiz waren über die Hälfte zu Beginn ihres politischen Engagements in ihrer Wohngemeinde politisch aktiv, bei den Frauen liegt der Anteil mit 45 Prozent zwar tiefer als bei den Männern, wobei Engagements in lokalen Schulbehörden oder anderen Kommissionen nicht mitberücksichtigt sind, welche in den Gesprächen mit den Politikerinnen aber öfter als Einstieg in die Politik genannt wurden.

Generell ist zu sagen, dass die Hürden für den Einsitz in einer Gemeindeexekutive deutlich tiefer liegen als für eine kantonale oder nationale Legislative, da abgesehen von den grösseren Städten vielerorts geeignete Kandidatinnen und Kandidaten fehlen und somit häufig gar kein Wahlkampf stattfindet. Die Untervertretung der Frauen in den Gemeindeexekutiven kann auf alle Fälle nicht auf eine Diskriminierung durch die Wählerinnen und Wähler zurückgeführt werden, sondern es muss davon ausgegangen werden, dass das Kandidatinnenangebot relativ klein ist (Ladner und Amsellem 2019).

Die Weichenstellungen für den weiteren Verlauf der politischen Karriere scheinen auch in der Ostschweiz auf der kantonalen Ebene gestellt zu werden. Sowohl die Regierungsrätinnen wie auch die Frauen auf der nationalen Ebene bringen in grosser Mehrheit Erfahrungen aus der kantonalen Legislative mit, allerdings sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht sehr gross.

6 Hintergrund der Karrierewege Ostschweizer Politikerinnen

Im folgenden Kapitel werden ausgewählte Diskussionspunkte, welche in den persönlichen Gesprächen mit den bisherigen und amtierenden Politikerinnen zur Sprache kamen, vorgestellt und eingeordnet.

6.1 Politische Sozialisierung und Einstieg in die Politik

Einmal mehr bestätigt sich, dass ein politisch interessiertes Elternhaus und lebhafte Diskussionen am Familientisch den Grundstein für das politische Interesse und Engagement bilden. Wie bereits in einer

F

Untersuchung, die zwanzig Jahre zurückliegt und die Karrierewege der Mitglieder des Berner Grossrates untersucht hat (Hardmeier et al. 2000), gaben auch von den befragten Ostschweizerinnen siebzig Prozent an, in der Familie und am Familientisch politisiert worden zu sein. Knapp die Hälfte der Befragten hatte zudem einen politisch aktiven Vater. Nur gut zehn Prozent der Frauen gaben an, dass sie über ein ganz bestimmtes Ereignis politisiert worden sind oder dass ein Erlebnis oder eine Lehrperson für das Wecken ihres politischen Interesses von grosser Bedeutung waren.

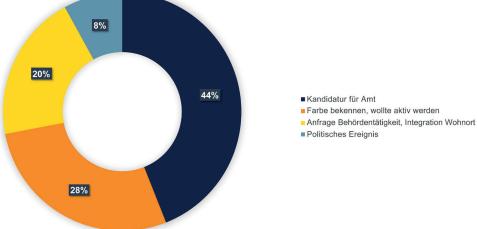
Am Anfang eines politischen Engagements muss in der Schweiz nicht zwingend der Parteibeitritt stehen. Der Einstieg in die Partei erfolgt nicht selten erst mit einer Kandidatur für ein erstes Amt oder sogar erst nachdem jemand bereits auf der lokalen Ebene politisch tätig war. So gab denn auch fast die Hälfte der Befragten an, dass der Parteibeitritt unmittelbar mit der Kandidatur für ein bestimmtes Amt zusammenhing. Knapp dreissig Prozent der Befragten traten der Partei bei, weil sie Farbe bekennen, zwanzig Prozent, weil sie sich am Wohnort besser integrieren wollten³⁵ oder für ein Amt in einer Behörde angefragt wurden (z.B. Schulpflege). Nur wenige Frauen traten auf Grund eines politischen Ereignisses einer Partei bei (Abbildung 11).

«Nach dem Frauenstreik von 1991 wollte ich aktiv werden und trat der Partei bei. Alleine kann man nichts erreichen.»

Eine amtierende Nationalrätin



Abbildung 11: Gründe für den Parteibeitritt



Datenbasis: Befragung der Ostschweizer Politikerinnen, N=36

«Ich trat in die Partei ein, um Farbe zu bekennen und Stellung zu beziehen. In meinem Kanton war diese Partei damals noch ein sehr männerlastiger Verein. Ich wollte etwas ändern.»

Eine amtierende Nationalrätin

³⁵Rund ein Viertel der Ostschweizer Politikerinnen wuchs nicht in dem Kanton auf, in dem sie später ein politisches Amt ausübten.

Diejenigen Politikerinnen, die einer Partei darum beitraten, weil sie Farbe bekennen wollten, taten dies in der Regel vor dem 35. Lebensjahr. Wie auch schon eine frühere Untersuchung gezeigt hat (Hardmeier et al. 2000), erfolgen Parteibeitritte in die Parteien an den Polen des politischen Spektrums mehrheitlich in jüngeren Jahren. Dieses Muster zeigte sich auch bei den Befragten aus der Ostschweiz: Drei Viertel der Parteibeitritte, die vor dem 25. Lebensjahr erfolgten, galten den Grünen, der SP oder der SVP. Je später der Parteibeitritt erfolgte, desto höher der Anteil der Beitritte in eine der bürgerlichen Mitteparteien (Tabelle A2).

Der Entscheid für eine bestimmte Partei erfolgte bei gut einem Drittel der Befragten als ganz bewusster Entscheid auf Grund der politischen Position der Partei. Ein Fünftel gab an, dass zwar die ideologische Ausrichtung entscheidend war, aber ein Beitritt in eine andere Partei mit einem ähnlichen ideologischen Profil auch möglich gewesen wäre. Ein Viertel der Frauen trat in die gleiche Partei ein, der die Familie angehört. Bei den übrigen war es der Zeitgeist oder das persönliche Umfeld, der zu einer bestimmten Partei führte.

«Ich hatte einfach die innere Überzeugung, dass man sich engagieren soll. Ich wollte mitbestimmen und mitgestalten. Ich habe Unterlagen und Argumente studiert und mir eine Partei gesucht.»

Eine ehemalige Regierungsrätin

Drei Viertel der Befragten waren vor dem Parteibeitritt bereits Mitglied einer anderen Organisation oder Vereinigung. Dieser hohe Anteil erstaunt im schweizerischen Kontext nicht weiter und wurde auch schon in früheren Untersuchungen zu politischen Karrierewegen in dieser Grössenordnung festgestellt (Hardmeier et al. 2000). Am häufigsten genannt wurden die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, einer kulturellen oder sportlichen Vereinigung, einer Frauenorganisation, einem Berufsverband sowie ein Umweltverband, mit klaren Unterschieden zwischen den Generationen und Parteien. In Frauenorganisationen waren gehäuft die Politikerinnen der ersten Generation aktiv, in Berufsverbänden vor allem Politikerinnen mit Jahrgang 1960 und jünger, während spätere Mitglieder der SP und der Grünen mehrheitlich auch in Gewerkschaften und/oder Umweltorganisationen Mitglied waren.

6.2 Alles eine Frage des Charakters? Über Ehrgeiz, Wille und Disziplin

Die Frage, ob sich Männer und Frauen hinsichtlich ihres Ehrgeizes, politisch aktiv zu werden, unterscheiden, wird in der Wissenschaft breit diskutiert. Eine Untersuchung zu diesem sogenannten «ambition gap», die an der Universität Zürich durchgeführt wurde, zeigte, dass junge Männer mehr als doppelt so oft angaben, sich vorstellen zu können, dereinst in die Politik zu gehen als junge Frauen (Gilardi und Foos 2019).

«Ich hatte Selbstbewusstsein und sah Chancen für mich, wenn man mir eine Aufgabe anbot. Und wenn ich sah, welche Männer schon in welchen Ämter waren, dann erst recht.»

Eine ehemalige Regierungsrätin

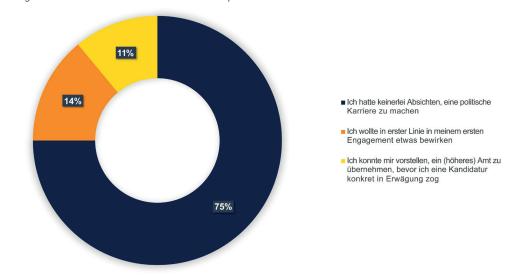


Abbildung 12: Hatten Sie Ambitionen auf ein höheres politisches Amt?

Datenbasis: Befragung der Ostschweizer Politikerinnen, N=36

Allerdings zeigte sich in den Gesprächen mit den Politikerinnen, deren Lebensweg alle in ein höheres politisches Amt führte, dass diese zu Beginn ihres politischen oder gesellschaftlichen Engagements dennoch grossmehrheitlich keinerlei Ambitionen auf höhere Ämter gehabt haben. Diejenigen Frauen, die deklarierten, dass sie von sich aus ein Amt anstrebten, waren klar in der Minderheit.

«Wir sind ein kleiner Bezirk. Der Parteipräsident sagte, ich hätte sowieso keine Chance gewählt zu werden – auch als Frau. Das war mein Ansporn.»

Eine ehemalige Regierungsrätin

Die Gründe, die genannt wurden, warum sich jemand für ein konkretes Engagement entschied, sind zahlreich. Mehrfach genannt wurde der Wunsch nach einer gesellschaftlichen Veränderung, dass neben der Familienarbeit die nötige Zeit vorhanden war oder auch, dass jemand es als wichtig empfand, als Frau oder als Vertreterin einer bestimmten sozialen Gruppe in der Politik aktiv zu werden.

«Ich kannte die Politikerinnen aus meiner Partei, die im Bundeshaus waren, nicht persönlich. Aber als ich auf der Tribüne des Grossrats sass, da dachte ich, das will ich auch.»

Eine ehemalige Regierungsrätin

Häufig hört man, dass gerade für Frauen Vorbilder in der Politik von grosser Wichtigkeit wären (Gilardi 2016). Vierzig Prozent der Frauen nannten denn auch andere Politikerinnen aus der gleichen Partei als Inspiration, fünfzehn Prozent erwähnten Politikerinnen aus anderen Schweizer Parteien. Gut ein Viertel gab an, keine Vorbilder zu haben, je knapp zehn Prozent nannten ausländische und/oder männliche Politiker (Abbildung 13).

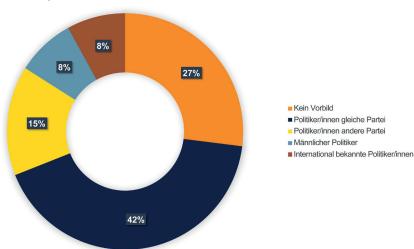


Abbildung 13: Hatten Sie politische Vorbilder?

Datenbasis: Befragung der Ostschweizer Politikerinnen, N=26

«Ich hatte keine Vorbilder, aber ich fand, Politik kann nicht ausschliesslich Männersache sein. Das widersprach meinem Menschenbild.» Eine ehemalige Nationalrätin

«Die Dynamik, die in der Politik herrscht, hat mich sehr angezogen. Ich habe aber generell keine Vorbilder.»

Eine amtierende Nationalrätin

Eine neuere Untersuchung aus den USA, welche sich ebenfalls dem «ambition gap» zwischen den Geschlechtern widmete, zeigte, dass dieser bei sehr sportlichen jungen Menschen viel weniger auftritt als bei andern Jugendlichen (Lawless und Fox 2017). Dies wird darauf zurückgeführt, dass junge Sportlerinnen und Sportler gleichermassen dem Wettbewerb und der externen Kritik ausgesetzt sind und sich dies allenfalls dahingehend niederschlägt, dass diese ein höheres Selbstbewusstsein und einen geschulten Umgang mit externer Kritik und Niederlagen haben.

«Ich bin vom Typ her zupackend. Ich habe immer organisiert und initiiert. Das wurde mir in die Wiege gelegt, ich habe immer selber Aktivitäten durchgeführt, stand in der Verantwortung und hatte den Ehrgeiz, dass etwas gelingt.» Eine amtierende Regierungsrätin

Fünfzig Prozent der befragten Politikerinnen gaben an, als Jugendliche sehr sportlich gewesen zu sein und auf hohem Niveau Sport betrieben zu haben. Zwanzig waren an Sport allgemein sehr interessiert, ein Drittel bezeichnete sich als nicht sportlich. Als diszipliniert und willensstark hingegen schätzten sich praktisch alle Befragten ein, neunzig Prozent bejahten eine entsprechende Frage, drei Viertel der befragten Politikerinnen bezeichneten sich als risikofreudig.

«Ich bin risikofreudig, ja. Ich habe es jeweils einfach probiert. Ich bin eine Macherin und sehr willensstark. Ich finde: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.» Eine ehemalige Regierungsrätin

6.3 Die wichtigsten Weichenstellungen: Aufnahme in der Partei, Anfragen für Kandidaturen und privater Support

Einmal der Partei beigetreten, fühlten sich die allermeisten der befragten Frauen sehr willkommen. Zwei Drittel gaben an, dass sie sich sehr gut aufgenommen fühlten. Jede zehnte Frau trat im Moment eines Generationenwechsels der Partei bei. Dies waren alles Mitglieder der SP. Je zwei Frauen (sieben Prozent) entfielen auf die übrigen Kategorien, eine der befragten Frauen hat sogar eine eigene Parteisektion gegründet (Abbildung 14).

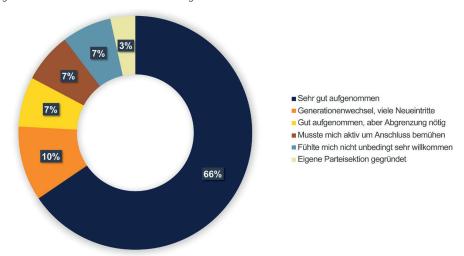


Abbildung 14: Wie wurden Sie von Ihrer Partei aufgenommen?

Datenbasis: Befragung der Ostschweizer Politikerinnen, N=29

«Ich war nicht voll integriert in der Partei. Ich war frech und hatte Empörung in mir. Ich äusserte mich zu Themen, zu denen ich etwas zu sagen hatte und habe so auch gestandene Herren verdrängt.»

Eine ehemalige Nationalrätin

Nach der erfolgreichen Integration in die Partei ist der nächste Schritt auf dem politischen Karriereweg in der Regel die erste Kandidatur für ein Amt. Der meistgenannte Grund für die Kandidatur war eine konkrete Anfrage durch ein anderes Parteimitglied. Fast drei Viertel aller Befragten gaben an, von einem anderen Parteimitglied, häufig auch einem Parteipräsidenten oder einer Parteipräsidentin, ganz gezielt angegangen und ermuntert worden zu sein, für ein Amt zu kandidieren. Etwa jede zehnte Frau wurde von jemandem aus einer anderen Partei angegangen, etwas mehr als zehn Prozent gaben an, ihr berufliches Umfeld wäre ausschlaggebend gewesen. Nur ein ganz kleiner Teil der Befragten nannte die eigene Motivation als ausreichenden Grund und Motivation, sich um eine Kandidatur zu bemühen (Abbildung 15).

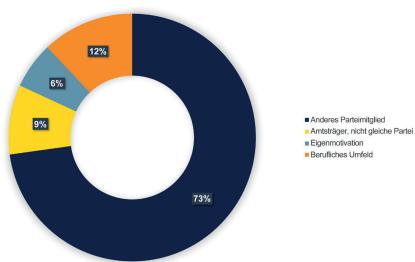


Abbildung 15: Wer hat Sie zur Kandidatur für Ihr erstes Amt ermutigt?

Datenbasis: Befragung der Ostschweizer Politikerinnen, N=33

«Ich ging unbelastet an die Sache und habe nicht geliebäugelt mit einem höheren Amt. Ich habe nicht weit vorausgeplant, andere dachten da weiter als ich» Eine amtierende Regierungsrätin

Von den befragten Politikerinnen waren/sind zum Zeitpunkt ihrer politischen Aktivzeit neunzig Prozent verheiratet, was ein um rund zwanzig Prozentpunkte höherer Anteil ist als in der Gesamtbevölkerung der Schweiz.³⁶ Die befragten Politikerinnen gaben alle an, dass sie sich vom engsten privaten Umfeld, sei es in der Partnerschaft oder in der Familie, immer sehr gut unterstützt und motiviert fühlten, die politische Karriere weiterzuverfolgen. Mehrere Frauen betonten aber auch die Wichtigkeit eines kritischen privaten Umfelds.

«Mein Mann war immer wichtig für Feedback und Kritik. Das private Umfeld sollte einen nicht nur loben.»

Eine ehemalige Regierungsrätin

6.4 Nun wird's konkret: Nomination und Wahlchancen

Eine Mehrheit von sechzig Prozent der Frauen gab an, dass sie sich bei der ersten aussichtsreichen Nomination gegen Mitbewerbende in einem Nominationsverfahren durchsetzen musste, bei gut der Hälfte war auch das Geschlecht ein Thema, was in der Regel als eher nominationsfördernd betrachtet wurde.

«Wir waren anfänglich zu dritt, die Ausmarchung war etwas unangenehm, weil ich die Harmonie störte, aber es war ein faires Prozedere. Die Wahl selbst war dann eher Formsache.»

Eine amtierende Regierungsrätin

³⁶Quelle: Bundesamt für Statistik.

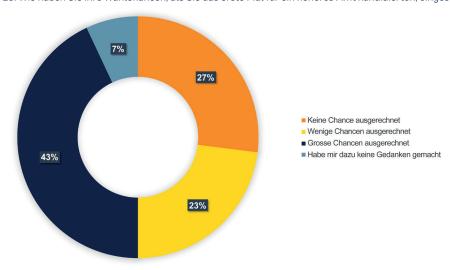


Abbildung 16: Wie haben Sie Ihre Wahlchancen, als Sie das erste Mal für ein höheres Amt kandidierten, eingeschätzt?

Datenbasis: Befragung der Ostschweizer Politikerinnen, N=30

«Ich spürte viel überparteilichen Support. Beispielsweise auch von der Frauenzentrale. Das hat mich ermutigt, zu kämpfen und dabei zu bleiben.»

Eine ehemalige Regierungsrätin

Vier von zehn nominierten Frauen rechneten mit ihrer Wahl, ein Viertel rechnete gar nicht damit, ein Viertel war sich unsicher (Abbildung 16). Frauen aus bürgerlichen Parteien, die für Ämter kandidierten, die nach Majorz gewählt werden, schätzten ihre Wahlchancen fast ausschliesslich als gut ein, was darauf zurückzuführen ist, dass bei Majorzwahlen vor allem die Nomination entscheidend ist.

«Ich habe mir bezüglich der Wahlchancen nicht so viele Gedanken gemacht, ich habe einfach gedacht, ich packe es nun an als Frau. Ich wusste aber schon, dass man mich an vielen Orten kennt.»

Eine ehemalige Regierungsrätin

Die befragten Politikerinnen nannten als häufigsten Grund für den Wahlerfolg ihren politischen Leistungsausweis, gefolgt von der Unterstützung durch die Partei sowie dem medialen Bekanntheitsgrad. An vierter Stelle nannten die Befragten ihre beruflichen Kompetenzen als ausschlaggebend für den Wahlerfolg. In einer Befragung der Mitglieder des Berner Grossrats (Hardmeier et al. 2000) nannten vor knapp zwanzig Jahren Männer ihren politischen Leistungsausweis an erster Stelle, während Frauen die Unterstützung der Partei zuerst erwähnten.

6.5 Alleine unter Männern: Wie sich die Rolle der Pionierin anfühlt

Die Befragten waren häufig Pionierinnen und kamen als erste und/oder einzige Frau in ein Amt oder eine Funktion. Drei Viertel der Befragten gaben an, diese Erfahrung gemacht zu haben, wobei es zwei Drittel von ihnen nicht als Problem oder Schwierigkeit sahen, auch, weil sie angaben, diese Situation bereits aus dem Berufsleben gekannt zu haben und sich nicht davon beeindrucken liessen. Dies trifft insbesondere auf Regierungsrätinnen zu.

«Ich war oft in Männergremien. Andere Frauen sagten mir: Ach, dass du das machst mit den Männern. Mir war das immer egal, ich ging dahin, wo es mich interessiert hat.»

Eine amtierende Regierungsrätin

Unter den Befragten sind einige Regierungsrätinnen, die die Erfahrung machten, als einzige Frau oder zusammen mit einer oder mehreren Kolleginnen im Gremium zu arbeiten. Übereinstimmend erzählten alle, dass sie einen deutlichen Unterschied feststellten in der Art und Weise der Zusammenarbeit, wenn mehr wie eine Frau im Regierungsgremium anwesend ist. Die befragten Frauen empfanden die Zusammenarbeit in gemischten Teams als angenehmer als wenn sie die Rolle der einzigen anwesenden Frau einnahmen, machten dies aber nicht zu einem entscheidenden Kriterium für ein Engagement.

6.6 Die Vereinbarkeitsfrage: Kinder und politische Karriere

Ein politisches Engagement bedingt einen grossen zeitlichen Einsatz. Politik auf nationaler Ebene oder in einer kantonalen Regierung ist kein Nebenamt. Exekutivpolitikerinnen arbeiten Vollzeit, die Legislativpolitikerinnen schätzten ihren Arbeitsaufwand für das Mandat auf nationaler Ebene mit durchschnittlich 65 Prozent der Normalarbeitszeit ein, was den Ergebnissen aus aktuellen Erhebungen entspricht (Sciarini et al. 2017). Politische Veranstaltungen finden zudem auch häufig am Abend und am Wochenende statt. Die Befragten gaben an, wöchentlich im Durchschnitt drei bis vier Pflichttermine absolviert zu haben, die ausserhalb der Normalarbeitszeit angesetzt waren, in der Regel am Abend.

Dass Kinder die Lebensgestaltung ihrer Eltern stark beeinflussen und einen grossen Einfluss auf die berufliche Laufbahn der Frauen in der Schweiz haben, steht ausser Frage. Während in der Schweiz etwa sieben von zehn Frauen Mutter sind, trifft dies nur für die Hälfte der bisherigen und amtierenden Politikerinnen der Ostschweiz zu.³⁷

Diese Differenz ist augenfällig, insbesondere Exekutivpolitikerinnen sind mehrheitlich kinderlos, bei den Bundesrätinnen der Ostschweiz war eine von drei Mutter, bei den Regierungsrätinnen liegt der Anteil bei knapp vierzig Prozent, wobei nur eine Frau zum Zeitpunkt des Amtsantritts sehr junge Kinder hatte. Bei den Legislativpolitikerinnen liegt der Anteil der Mütter mit 55 (Nationalrätinnen) resp. 66 Prozent (Ständerätinnen) höher, aber auch unter dem Schweizer Mittel.

Zudem zeigt sich auch ein grosser Unterschied zwischen den Generationen (Tabelle A3). Während unter der ersten Politikerinnengeneration der Ostschweiz die grosse Mehrheit Familie und Politik verband, ist dies bei der nachfolgenden nicht mehr der Fall. Von den zwischen 1951 und 1970 Geborenen wurden nur gut dreissig Prozent Mutter, bei der jüngsten Generation beträgt das Verhältnis zwischen Müttern und kinderlosen Politikerinnen genau 50:50.

Die kinderlosen Frauen waren beim Einstieg in die Politik alle Vollzeit berufstätig, bei den Müttern traf dies auf die Hälfte der Frauen zu. Die Betreuung der Kinder organisierten die befragten Politikerinnen praktisch ausschliesslich über ihre Familie, ganz wenige stellten eine private Haushaltshilfe an oder nutzten ein öffentliches Kinderbetreuungsangebot, welches in der Zeit, als die Kinder der meisten Politikerinnen zur Welt kamen, auch noch kaum vorhanden war.

³⁷ Rund zwei Drittel der Schweizer M\u00e4nner zwischen 25 und 80 sind V\u00e4ter, rund siebzig Prozent der Frauen zwischen 25 und 80 sind M\u00fctter. Die Informationen \u00fcber die Elternschaft der Ostschweizer Politikerinnen und Politiker sind nur f\u00fcr die Frauen vollst\u00e4ndig vorhanden. Die teilweise verf\u00fcgbaren Angaben \u00fcber die Politiker zeigen aber in der Tendenz, dass der Anteil V\u00e4ter unter den Politikern wesentlich h\u00f6her ausfallen d\u00fcrfte als der Anteil M\u00fctter.

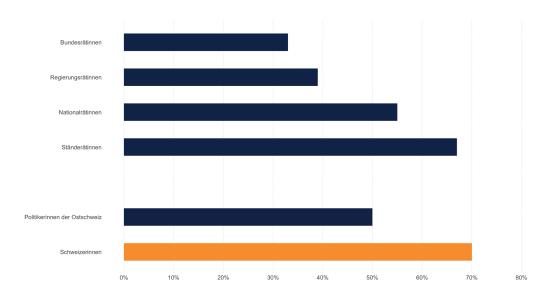


Abbildung 17: Anteil Mütter unter den Ostschweizer Politikerinnen seit 1971

Datenbasis: Parlamentsdienste, eigene Erhebungen

Etwas mehr als die Hälfte der Frauen war im Vorfeld der ersten Kandidatur für ein Amt auf nationaler Ebene resp. für die kantonale Exekutive Vollzeit berufstätig, ein Fünftel Teilzeit. Fünfzehn Prozent der Befragten waren Familienfrauen, fünf Prozent arbeiteten im Familienbetrieb mit und weitere fünf Prozent setzten schon ganz auf die Karte Politik. Von den Voll- oder Teilzeit berufstätigen Frauen hatten gut sechzig Prozent keine Kinder, ebenso die Berufspolitikerinnen. Nach der erfolgreichen Wahl in die nationale Legislative gab eine Politikerin ihre Berufstätigkeit zu Gunsten der Politik vollständig auf. Vierzig Prozent reduzierten ihre Berufstätigkeit, fünfzig Prozent nahmen keine Anpassungen vor.

«Die Vereinbarkeit ist nicht in jedem Fall das eigentliche Problem. Gut verdienende Frauen können Beruf und Familie durchaus organisieren. Aber Politik machen heisst weniger verdienen und der öffentlichen Kritik ausgesetzt sein. Das will man sich nicht unbedingt antun. Im bürgerlichen Lager ist das eines der Hauptprobleme, was die Rekrutierung von Nachwuchs angeht.» Eine ehemalige Nationalrätin

Dass die Vereinbarkeit viele Frauen beschäftigt, zeigt sich auch in den Antworten auf die Fragen, was ganz generell unternommen werden sollte, um mehr Frauen in die Ostschweizer Politik zu bringen. Die anspruchsvolle Organisation von Beruf, Privatleben und Politik betrachteten denn auch die meisten Frauen als ein Hindernis der Rekrutierung anderer Frauen für die Politik. Auf die Frage, was unternommen werden müsste, um mehr Frauen in politische Ämter zu bringen, nannten vierzig Prozent der befragten Frauen die Vereinbarkeit an erster Stelle, die Frauen, die selber keine Kinder haben, noch häufiger als Mütter.

6.7 Die Wege der Frauenförderung: Quoten ja oder nein?

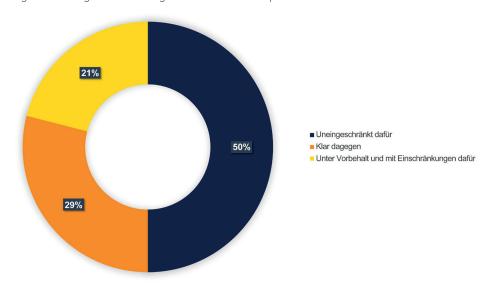
Quoten gelten als probates Mittel, um ein Gremium geschlechterausgeglichen zusammenzusetzen. Auch in der Politik kommen Quoten in vielen Ländern und Parteien zum Einsatz. In der Schweiz wurde eine entsprechende Volksinitiative im Jahr 2000 haushoch verworfen. In dieser Zeit war die Mehrheit der im Sommer 2019 Befragten politisch aktiv. Die Forderung nach Quoten steht zwar in der Schweiz nicht unmittelbar im Raum, wird aber immer vorgebracht, wenn es um geeignete Massnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Gremien geht.

Die Meinungen unter den Befragten sind denn auch gemacht. Die Hälfte ist klar für Quoten, dreissig Prozent klar dagegen und zwanzig Prozent unter Vorbehalt eher dafür. Wie sich gezeigt hat, ist die Haltung zu Quoten sowohl bei linksstehenden wie bei eher rechts der Mitte stehenden Frauen unverändert, während vor allem Frauen aus den Parteien der traditionellen bürgerlichen Mitte mittlerweile eher dazu tendieren, der Forderung nach Quoten doch etwas Positives abgewinnen zu können – auch als Folge der Tatsache, dass der Frauenanteil in linksstehenden Parteien sehr viel grösser ist als in den anderen Parteien.

«Es braucht Quoten, auf freiwilliger Basis hat es nicht funktioniert. Es hat nun sehr viele links stehende Frauen in der Politik, dadurch sind aber viele Frauen nicht repräsentiert.»

Eine amtierende Nationalrätin

Abbildung 18: Haltung zur Forderung nach Geschlechterquoten



Datenbasis: Befragung der Ostschweizer Politikerinnen, N=34

³⁸Volksinitiative «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden», Abstimmung vom 12. März 2000. Vom Volk abgelehnt mit 82% Nein-Stimmenanteil.

«Ich bin Realistin. In der Politik gibt's keine Dankbarkeit, man darf das auch nicht erwarten.»

Eine amtierende Nationalrätin

7 Schlussbetrachtungen

Die befragten Politikerinnen der Ostschweiz ergeben ein vielfältiges Bild. Sie stammen aus allen Regionen, aus allen Parteien und aus allen Generationen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie einmal den Schritt gewagt haben und sich für ein erstes politisches Engagement zur Verfügung gestellt haben und dass ihnen die aktive Gestaltung der Gesellschaft ein Anliegen ist.

Nach der Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene 1971 wurde viel unternommen, um Frauen in politische Ämter zu bringen und für Kandidaturen anzufragen. Die Diskussion um das Frauenstimmrecht hat auch viele Politikerinnen der Ostschweiz geprägt. Zwei von fünf Befragten gaben an, dass die Diskussion um die Einführung des Frauenstimmrechts einen Einfluss auf ihre eigene Politisierung hatte. Bei den schon vor längerer Zeit zurückgetretenen Politikerinnen der älteren Generation war es eine deutliche Mehrheit, die über das Frauenstimmrecht und die Diskussion darüber überhaupt zur Politik fand.

Die Analysen in Kapitel vier des vorliegenden Berichts zeigen, dass die Präsenz der Frauen in der Ostschweizer Politik nicht primär auf die politischen und kulturellen Besonderheiten der Region zurückgeführt werden kann – zumal sich mehrere Majorzkantone darunter befinden und das Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene in beiden Appenzeller Kantonen erst sehr spät eingeführt wurde. Im Vergleich mit der Schweiz ist die Entwicklung des Frauenanteils in höheren politischen Ämtern zwar etwas zeitverzögert, geht aber in der Tendenz in die gleiche Richtung. Sowohl auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene sind Frauen präsent und haben über die Zeit immer mehr Ämter besetzt.

Dass der Frauenanteil in der Politik in der Schweiz seit ungefähr zwanzig Jahren nur noch langsam wächst, ist eng mit dem politischen Umfeld, der zu beobachtenden Polarisierung und den unterschiedlichen Frauenanteilen in den Parteien verknüpft. Während in den Parteien des linken Spektrums Frauen auch in der Ostschweiz zahlreich vertreten sind, ist dies bei den anderen Parteien nicht der Fall. Die Rolle der Parteien ist in Bezug auf die Frauenvertretung in der Politik nicht zu unterschätzen. Zum einen sind die Parteien darauf angewiesen, einen gewissen Anteil Frauen überhaupt unter potentiell aktiven Mitgliedern aufzuweisen, zum anderen haben sie die Möglichkeiten, mit der Listengestaltung und der gezielten Förderung und Nomination von Nachwuchskräften den Grundstein für eine politische Karriere zu legen.

Die Karrierewege der Ostschweizer Politikerinnen und Politiker unterscheiden sich nicht nennenswert voneinander. Ein feststellbarer Unterschied ist der, dass Frauen häufiger auf der kantonalen Legislative erste politische Erfahrungen sammelten, während ein deutlich grösserer Teil der Männer in der Gemeindepolitik aktiv war. Dies hängt im Wesentlichen mit der Tatsache zusammen, dass die bisherigen Amtsträgerinnen aus der Ostschweiz in den bürgerlichen Parteien eine klare Minderheit waren, diese Parteien aber einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Ämtern auf lokaler Ebene inne haben. Vergleicht man die Karrierewege der Ostschweizer Politikerinnen und Politiker mit der ganzen Schweiz, zeigen sich keine regionalen Auffälligkeiten.

So bleibt denn vor allem die individuelle Ebene, wo sich sehr wahrscheinlich viel Erklärungskraft für den tieferen Frauenanteil in der Politik verbirgt. Doch ob Frauen anders politisieren als Männer, darauf

gibt es keine eindeutige wissenschaftliche Antwort. Die empirische Forschung zeigt, dass Frauen zum Teil andere Präferenzen für politische Themen aufweisen als Männer, weil sie durch ihre gesellschaftliche Rolle unterschiedliche Erfahrungen machen. Auch sind Frauen etwas mehr links positioniert als Männer. Eine eindeutige Erklärung dafür gibt es jedoch nicht (Engeli und Bütikofer 2010). Was das Verhalten von Politikerinnen betrifft, so zeigt die Forschung eher, dass Frauen nicht anders Politik machen als Männer. Weit verbreiteten Auffassungen zum Trotz sind sie zum Beispiel nicht konfliktscheuer als Männer und auch nicht per se für mehr Konsens (Feddersen und Lloren 2016).

«Ich war jung und unbeschwert als ich in den Kantonsrat kam. Mit der Zeit gewann ich Routine und kannte die Abläufe. Politik ist ein spezielles Umfeld, man muss viel Geduld und Frustrationstoleranz mitbringen, nicht alle sind dafür geeignet.»

Eine amtierende Regierungsrätin

Folglich geht es bei der Rekrutierung des politischen Personals darum, die Frauen abzuholen, die sich für die exponierte Arbeit als Politikerin eignen. Die Präsenz von Politikerinnen ist im Allgemeinen wichtig, wenn auch für die meisten Befragten persönliche Vorbilder keine direkte Motivation waren, sich selbst einzubringen. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass das Interesse an politischen Ämtern und die Motivation, sich politisch zu betätigen, bei Männern im Allgemeinen eher vorhanden ist als bei Frauen, was aber nicht zur Annahme verleiten soll, Frauen für politische Ämter als weniger in Frage kommend zu betrachten. Die Befragung der Ostschweizer Politikerinnen hat denn auch gezeigt, dass die Mehrheit unter ihnen ohne klares Zieles an ein erstes Amt ging, sondern in der Regel on the job Lust auf mehr entwickelte.

Äussere Bedingungen spielen in der Politik eine nicht zu unterschätzende Rolle. Politikerinnen in höheren Ämtern sind viel häufiger kinderlos als Schweizerinnen im Durchschnitt. Doch auch Frauen in der Politik möchten möglicherweise nicht unbedingt einfach das Leben der Männer übernehmen, sondern wären eher zu einem Engagement bereit, wenn gewisse strukturelle Faktoren anders wären. Dies könnte die Unterstützung durch die Partei im Wahlkampf sein, aber auch die Festlegung der Sitzungs- und Arbeitszeiten sowie deren Art der Durchführung, ein Rentensystem für politisch Aktive oder die Angebote für die Zeit nach dem Rücktritt, die bisher für Männer lukrativer ausfallen als für Frauen.

«Man muss das Handwerk der Politik erlernen. Mehrheitsfähige Ergebnisse benötigen zeitintensive Diskussionen. Politik ist kein Betrieb, wo man schnell entscheidet. Als Person muss man politisch wachsen.»

Eine amtierende Nationalrätin

Danksagung

An erster Stelle möchte ich mich herzlich bei allen Gesprächspartnerinnen, den amtierenden und ehemaligen Politikerinnen der Ostschweiz, für ihre Bereitschaft bedanken, mir über ihre politische Karriere und teils auch persönliche Erlebnisse und Begebenheiten zu erzählen.

Den Auftraggeberinnen der Konferenz Chancengleichheit Ostschweiz & Liechtenstein, namentlich Isabelle Dubois, Tamara Gianera, Brigitte Meyer, Jacqueline Schneider, Uwe Spirig und Verena Witzig danke ich für die sehr angenehme Zusammenarbeit und den fruchtbaren Austausch während der ganzen Projektzeit. Stefanie Bailer danke ich für das Kommentieren des Gesprächsleitfadens und den Austausch zu Beginn des Projektes. Ferner danke ich Andrea Pilotti, André Mach und Oliver Huwyler für das zur Verfügung stellen der Informationen über die Karrierewege der Politikerinnen und Politiker der Ostschweiz aus ihren jeweiligen Forschungsprojekten.

Werner Seitz danke ich für das sorgfältige Lesen der ersten Fassung des Berichts und die hilfreichen Anmerkungen und Hinweise, welche wesentlich zum Gelingen des Vorhabens beigetragen haben. Ein gebührender Dank gilt Alessandro Feller, der für die Erstellung der komplexen Datenbanken sowie anschaulichen Visualisierungen der Karrierewege aller Politikerinnen und Politiker der Ostschweiz verantwortlich war.

8 Literatur

Ballmer-Cao, Thanh-Huyen und Sarah Bütikofer (2007). Le système majoritaire contre les femmes? Le cas de l'élection au Conseil des Etats en Suisse (1971–2003), in: Tremblay, Manon et al. (Hrsg.) Genre, Citoyenneté et Représentation. Laval: Les presses de l'université. 123-149.

Bochsler, Daniel et al. (2004). Die Schweizer Kantone unter der Lupe. Behörden, Personal, Finanzen. Bern: Haupt.

Bundesamt für Statistik (2017). Die Frauenrepräsentation in den politischen Institutionen. Neuchâtel: BFS.

Bundesamt für Statistik (2019. Sektion Demographie und Migration. Kinderwunsch, Elternschaft. Neuchâtel: BFS.

Bütikofer, Sarah, Isabelle Engeli und Thanh-Huyen Ballmer-Cao (2008). L'impact du mode de scrutin sur l'élection des femmes à l'Assemblée fédérale Suisse (1995–2003). Swiss Political Science Review 14(4): 631-661.

Bütikofer, Sarah (2014). Das Schweizer Parlament. Eine Institution auf dem Pfad der Moderne. Baden-Baden: Nomos.

Bütikofer, Sarah (2004). Der Einfluss von Kontextfaktoren auf die individuellen Wahlchancen von Kandidatinnen und Kandidaten. Eine vergleichende Analyse der Nationalratswahlen 1971–2003. Lizenziatsarbeit. Institut für Politikwissenschaft, UZH.

Campbell, Rosie und Philip Cowley (2014). What voters want: Reactions to Candidate Characteristics in a Survey Experiment. Political Studies 62(4).

Engeli, Isabelle und Sarah Bütikofer (2010). The transformation of the gender gap in political attitudes in Switzerland, in: Kriesi, Hanspeter and Simon Hug (Hrsg.). Value Change in Switzerland, Lexington Press.

Feddersen, Alexandra und Anouk Lloren (2016). "Les femmes sont-elles des hommes politiques comme les autres?". In: Lloren, Anouk, Laurent Tischler und Nicolas Tavaglione (eds.). Les étrangers volent-ils notre travail? Et 14 autres questions impertinentes. Genf: Labor et fides.

Feh Widmer, Antoinette (2015). Parlamentarische Fluktuation auf subnationaler Ebene in der Schweiz. Baden-Baden, Nomos.

Gilardi, Fabrizio und Florian Foos (2019). Does Exposure to Gender Role Models Increase Women's Political Ambition? A Field Experiment with Politicians. Journal of Experimental Political Science. Cambridge University Press.

Gilardi, Fabrizio und Oliver Dlabac (2018). Spillover effects in women's political representation. Unveröffentlichtes Konferenzpapier, SVPW-Konferenz, Universität Genf, 5.& 6. Februar 2018. Datensatz.

Gilardi, Fabrizio (2016). Frauen in der Politik: Vorbilder reichen nicht. DeFacto, 9.2.2016.

Gilardi, Fabrizio (2015). Frauen brauchen gute Listenplätze, um gewählt zu werden. DeFacto, 27.10.2015.

Hardmeier, Sibylle; Bettina Nyffeler, Regula Burri und Barbara Sommer (2000). Am Anfang war die Anfrage. Karriereverläufe und Aufstiegsmuster von Berner Grossrätinnen und Grossräten. Kantonale Fachstelle für Gleichstellung Frauen und Männer Kanton Bern.

Kübler, Daniel (2015). Die Gemeinde in der Schweiz: Immer noch eine Schule der Demokratie?, in: Kübler, Daniel und Oliver Dlabac (Hrsg.). Demokratie in der Gemeinde. Zürich-Basel-Genf: Schulthess.

Ladner, Andreas und Ada Amsellem (2019). Frauen in den kommunalen Exekutiven. DeFacto, 23. Mai 2019.

Lawless, Jennifer L. und Richard L. Fox (2017). The Trump Effect. Results from a Politico / American University / Loyola Marymount University Survey of Potential Candidates. Washington DC: School of Public Affairs. Woman & Politics Institute.

Lutz, Georg (2016). Eidgenössischen Wahlen 2015. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Lausanne: Selects - Fors.

Lutz, Georg (2015). Der Bisherigenbonus war 2015 grösser für Frauen als für Männer. DeFacto, 28. Oktober 2015.

Lutz, Georg (2010). First Come, First Served: The Effect of Ballot Position on electoral Success in Open Ballot PR Election. Journal of Representative Democracy 46(2).

Lutz, Georg und Dirk Strohmann (1998). Wahl- und Abstimmungsrecht in den Kantonen. Bern: Haupt.

Neuhaus, Christina (2018). Die letzte Frau im Stöckli. Neue Zürcher Zeitung, 7. November 2018.

Pilotti, Andrea und André Mach (2019). Observatoire des élites suisses, Université de Lausanne. Datensatz (Regierungsrätinnen und Regierungsräte der Ostschweiz, 1980–2015).

Sciarini, Pascal, Frédéric Varone, Giovanni Ferro-Luzzi, Fabio Cappelletti, Vahan Garibian und Ismail Muller (2017). Studie über das Einkommen und den Arbeitsaufwand der Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentarier. Schlussbericht zu Handen der Parlamentsbibliothek der Parlamentsdienste der Bundesversammlung. Genf: Universität Genf.

Seitz, Werner (2019). Frauenlisten bei den Nationalratswahlen seit 1987. Geschichte und Wirksamkeit. DeFacto, 27. Februar 2019.

Seitz, Werner (2018). Der Brunner-Effekt ist abgeflaut. DeFacto, 8. März 2018.

Seitz, Werner (2016). Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2015: Der Schwung ist weg. Mit einem Exkurs zu den Frauen?bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente und Regierungen 2012/2015. Bern: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF.

Selb, Peter und Romain Lachat (2004). Wahlen 2003. Die Entwicklung des Wahlverhaltens. Swiss Electoral Studies Band 8. Zürich: Institut für Politikwissenschaft.

SRF Data (2019). Wie das Parlament die Wähler abbildet – und wie nicht.

Turner-Zwinkels, Tomas, Oliver Huwyler, Elena Frech, Philip Manow, Stefanie Bailer und Simon Hug (2019). Parliaments Day by Day: the Parliamentary Careers in Comparison Core Database. Konferenzpapier EPSA Annual Conference 2019 Belfast. Datensatz (Karrierewege der Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Schweiz seit 1971).

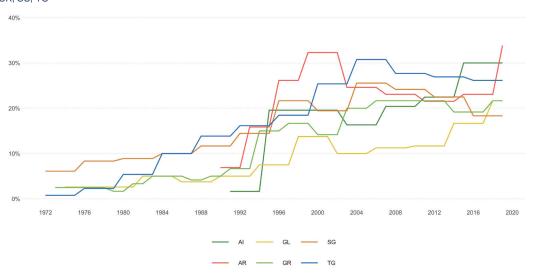
Vatter, Adrian (2014). Das politische System der Schweiz. Baden-Baden: Nomos.

Vatter, Adrian (2002). Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen. Opladen: Leske+Budrich.

9 Anhang

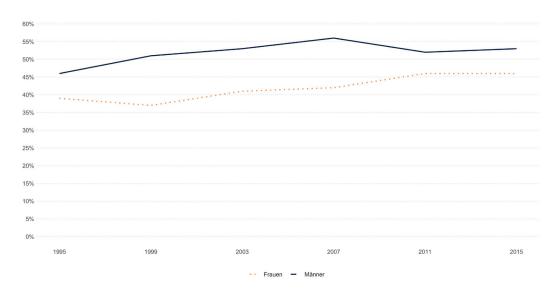
9.1 Ergänzende Darstellungen und Tabellen

Abbildung A1: Gesamtübersicht Entwicklung Frauenanteil in den kantonalen Legislativen der Kantone AI, AR, GL, GR, SG, TG



Datenbasis: Bundesamt für Statistik. In dieser Analyse sind die Kantone AI, AR, GL, GR, SG und TG berücksichtigt.

Abbildung A2: Wahlteilnahme Frauen und Männer an den eidgenössischen Wahlen, seit 1995



Datenbasis: Selects 2016

Tabelle A1: Verteilung aller Ostschweizer Politikerinnen und Politiker seit 1971 auf die Parteien

Partei	Frauen	Männer	Frauenanteil
CVP	9	77	10%
BGB/DP/SVP/BDP	11	54	20%
FDP	9	74	11%
FPS	0	2	0
GLP	1	2	33%
Grüne	2	2	50%
LdU	1	2	33%
RB	0	1	0%
SP	13	32	29%
Parteiunabhängig	0	45	0
Total	46	291	13.7%

N=337

Tabelle A2: Parteibeitritt nach Altersgruppe

Parteibeitritt	Anteil in Prozent	davon in SP, SVP, Grüne
vor dem 25. Lebensjahr	11%	75%
zwischen 26 und 35	51%	61%
zwischen 36 und 44	25%	55%
nach dem 45. Lebensjahr	11%	0

N=435

Tabelle A3: Anteil Mutterschaft nach Generationen

	kinderlos	Mutterschaft
vor 1950 geboren	19%	81%
zwischen 1951 und 1970 geboren	68%	32%
nach 1975 geboren	50%	50%

N=46

9.2 Liste der bisherigen und amtierenden Politikerinnen der Ostschweiz

Von den bisher 46 Politikerinnen aus der Ostschweiz, die auf der nationalen Exekutive sowie Legislative oder in der kantonalen Exekutive gewirkt haben, konnten über die Sommermonate 2019 36 persönlich oder telefonisch befragt werden. Im Durschnitt dauerte ein Gespräch gut vierzig Minuten.

Tabelle A4: Parteizugehörigkeit und Verteilung Rücklauf

Partei	Personen	Anteil	davon an Befragung teilgenommen	Befragte
CVP	9	20%	78%	7
FDP	9	20%	78%	7
GLP	1	2%	100%	1
Grüne	2	4%	100%	2
LdU	1	2%	0	0
SP	13	28%	92%	12
SVP	8	17%	50%	4
SVP/BDP	3	7%	100%	3

Tabelle A5: Politikerinnen der Ostschweiz

Name	Vorname	Jahrgang	Kanton	Partei	Aktuelles / letzte politisches Amt	es Teilnahme Studie
Keller-Sutter	Karin	1963	SG	FDP	Bundesrätin	Von Amtes wegen ausgeschlossen
Metzler-Arnold	Ruth	1964	Al	CVP	Bundesrätin	ja
Widmer-Schlumpf	Eveline	1956	GR	SVP/BDP	Bundesrätin	ja
Bickel	Christine	1961	GL	SP	Regierungsrätin	ja
Dürst Benedetti	Marianne	1961	GL	FDP	Regierungsrätin	ja
Fässler	Antonia	1969	Al	CVP	Regierungsrätin	ja
Haag	Carmen	1973	TG	CVP	Regierungsrätin	ja
Hanselmann	Heidi	1961	SG	SP	Regierungsrätin	ja
Hilber	Kathrin	1951	SG	SP	Regierungsrätin	ja
Janom Steiner	Barbara	1963	GR	SVP/BDP	Regierungsrätin	ja
Knill-Kradolfer	Monika	1972	TG	SVP	Regierungsrätin	ja ja
Koller-Bohl	Marianne	1953	AR	FDP	Regierungsrätin	ja ja
Komposch	Cornelia	1963	TG	SP	Regierungsrätin	ja ja
Lienhard	Marianne	1968	GL	SVP	Regierungsrätin	
Roos-Niedermann	Rita	1951	SG	CVP		ja
Schawalder	Vreni	1931	TG	SP	Regierungsrätin	ja
					Regierungsrätin	ja :-
Scherrer	Alice	1947	AR	FDP	Regierungsrätin	ja :-
Forster-Vannini	Erika	1944	SG	FDP	Ständerätin	ja
Häberli-Koller	Brigitte	1958	TG	CVP	Ständerätin	ja
Camenzind	Margrit	1939	TG	CVP	Nationalrätin	ja
Caspar-Hutter	Elisabeth	1949	SG	SP	Nationalrätin	ja
† Danuser	Menga	1951	TG	SP	Nationalrätin	
Eberhard-Halter	Barbara	1945	SG	LdU/CVP	Nationalrätin	nein
Eppenberger	Susanne	1931	SG	FDP	Nationalrätin	nein
Fässler	Hildegard	1951	SG	SP	Nationalrätin	ja
Friedl	Claudia	1960	SG	SP	Nationalrätin	ja
Gadient	Brigitta M.	1960	GR	SVP/BDP	Nationalrätin	ja
Gilli	Yvonne	1957	SG	GPS	Nationalrätin	ja
Graf-Litscher	Edith	1964	TG	SP	Nationalrätin	ja
Gutjahr	Diana	1984	TG	SVP	Nationalrätin	ja
Gysi	Barbara	1964	SG	SP	Nationalrätin	ja
Herzog	Verena	1956	TG	SVP	Nationalrätin	ja
Hollenstein	Pia	1950	SG	GPS	Nationalrätin	ja
Hutter-Hutter	Jasmin	1978	SG	SVP	Nationalrätin	nein
Keller-Inhelder	Barbara	1968	SG	SVP	Nationalrätin	nein
Kessler	Margrit	1948	SG	CVP/GLP	Nationalrätin	ja
Kleiner-Schläpfer	Marianne	1947	AR	FDP	Nationalrätin	ja
† Lardelli	Elisabeth	1921	GR	SVP	Nationalrätin	_
Martullo-Blocher	Magdalena	1969	GR	SVP	Nationalrätin	nein
Meier-Schatz	Lucrezia	1952	SG	CVP	Nationalrätin	ja
Sahlfeld-Singer	Hanna	1943	SG	SP	Nationalrätin	ja
Segmüller	Eva	1931	SG	CVP	Nationalrätin	nein
Semadeni	Silva	1952	GR	SP	Nationalrätin	ja
† Thalmann	Hanny	1912	SG	CVP	Nationalrätin	Ja
Vallender	Dorle	1941	AR	FDP	Nationalrätin	ja
Wittenwiler	Milli	1943	SG	FDP	Nationalrätin	ja ja
VVICCETIVVICET	Hu	10-10	30	, Di	rational atill	Ja

9.3 Karrieredauer und Karrierewege in den einzelnen Kantonen

Abbildung A3: Karrieredauer aller bisherigen Politikerinnen und Politiker im Kanton Appenzell Innerrhoden

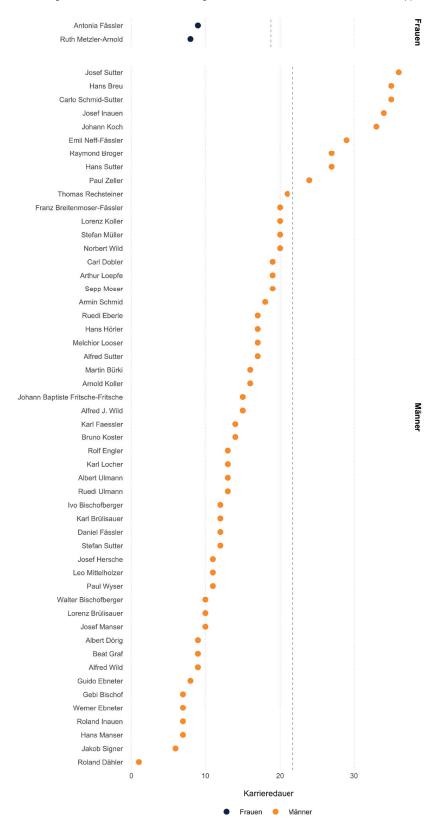


Abbildung A4: Karrierewege aller bisherigen Politikerinnen und Politiker im Kanton Appenzell Innerrhoden

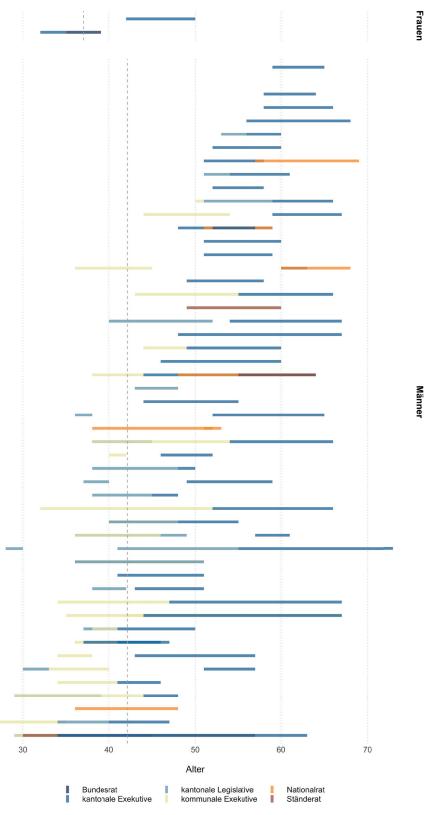


Abbildung A5: Karrieredauer aller bisherigen Politikerinnen und Politiker im Kanton Appenzell Ausserrhoden

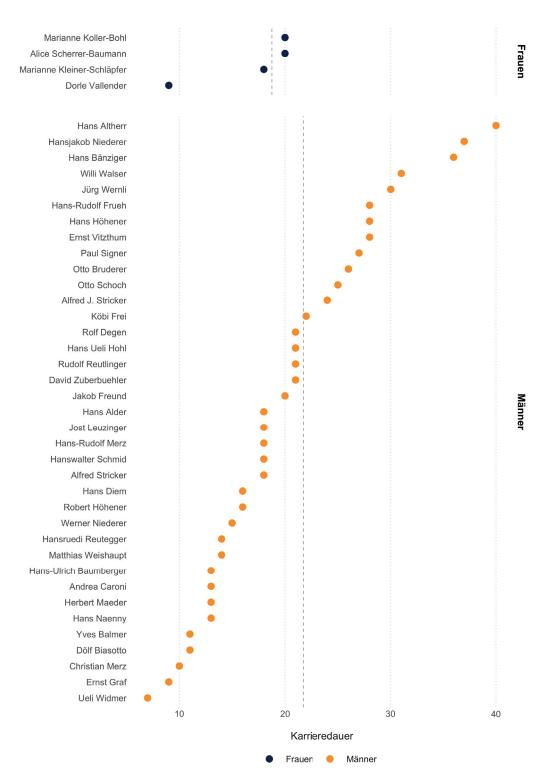


Abbildung A6: Karrierewege aller bisherigen Politikerinnen und Politiker im Kanton Appenzell Ausserrhoden

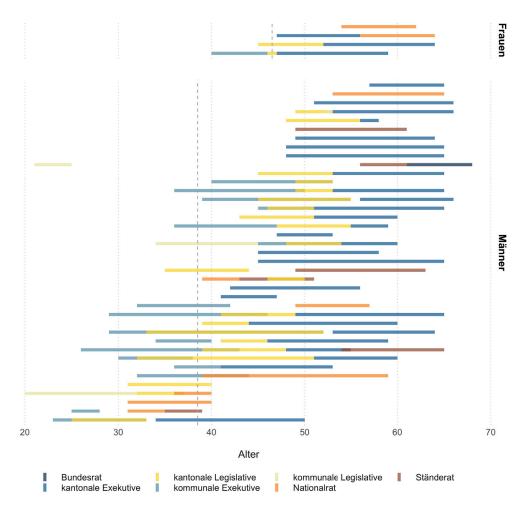


Abbildung A7: Karrieredauer aller bisherigen Politikerinnen und Politiker im Kanton Glarus

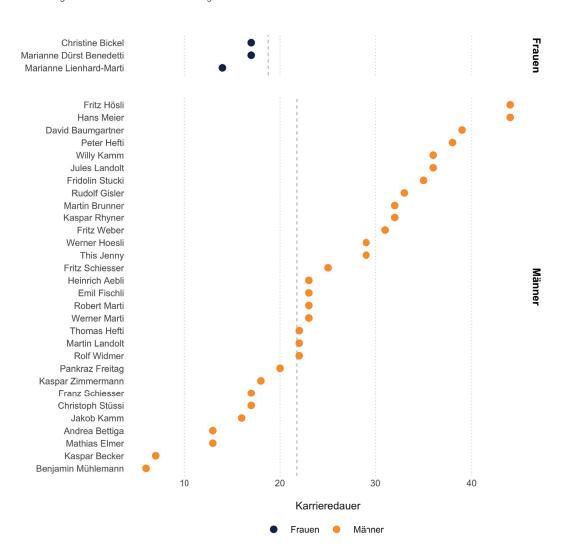


Abbildung A8: Karrierewege aller bisherigen Politikerinnen und Politiker im Kanton Glarus

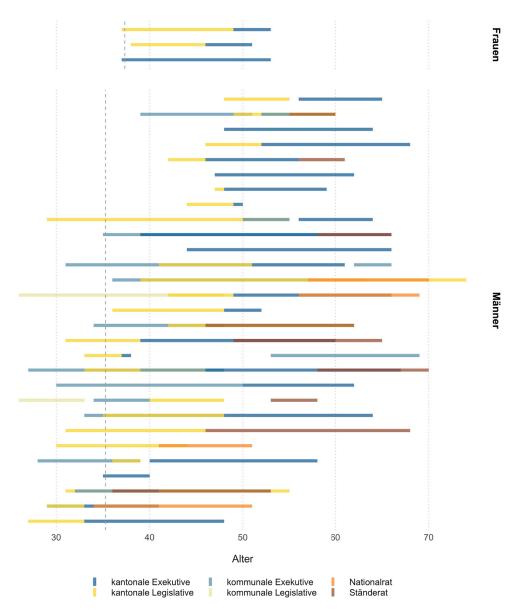


Abbildung A9: Karrieredauer aller bisherigen Politikerinnen und Politiker im Kanton Graubünden Eveline Widmer-Schlumpf Brigitta M. Gadient Barbara Janom Steiner Silva Semadeni Elisabeth Lardelli Magdalena Martullo-Blocher Christoffel Braendli Sep Cathomas Theo Maissen Georg Brosi Stefan Engler Léon Schlumpf Arno Theus Luregn-Mathias Cavelty Dumeni Columberg Donat Cadruvi Ulrich Gadient Hansjoerg Hassler Jakob Schutz Peter Aliesch Josias Grass Andrea Haemmerle Simeon Buehler Toni Cantieni Tobias Kuoni Otto Largiader Martin Schmid Duri Bezzola Martin Bundi Mario Cavigelli Heinz Brand Claudio Lardi Georg Vieli Giachen Casaulta Gion-Clau Vincenz Walter Decurtins Duri Campell Martin Candinas Christian Rathgeb Theo-Christian Portmann Joachim Caluori Reto Mengiardi Josias-F Gasser Hansjörg Trachsel Klaus Huber Aluis Maissen Martin Jäger Bernardo Lardi Jon Domenic Parolini Tarzisius Caviezel Reto Sciuchetti Leonhard Flepp Juerg Michel

Karrieredauer Frauen
 Männer

30

Abbildung A10: Karrierewege aller bisherigen Politikerinnen und Politiker im Kanton Graubünden

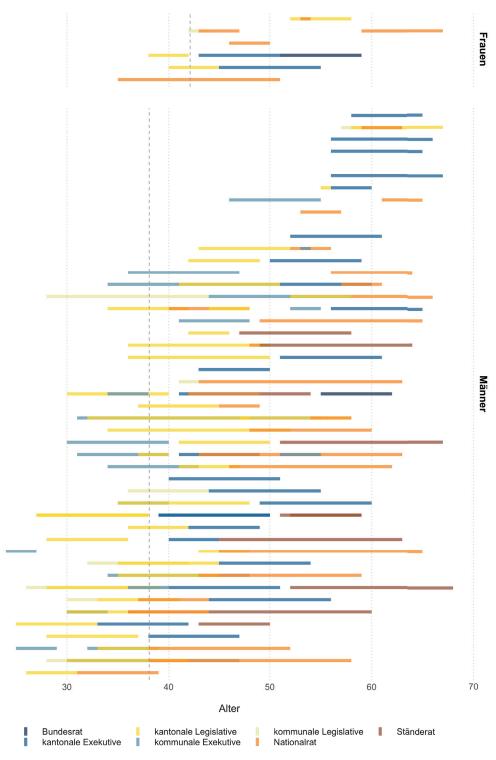


Abbildung A11: Karrieredauer aller bisherigen Politikerinnen und Politiker im Kanton St. Gallen

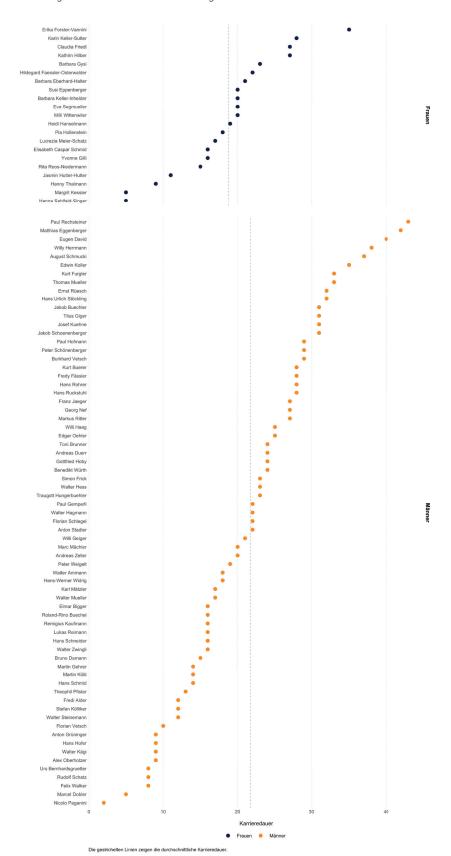


Abbildung A12: Karrierewege aller bisherigen Politikerinnen und Politiker im Kanton St. Gallen

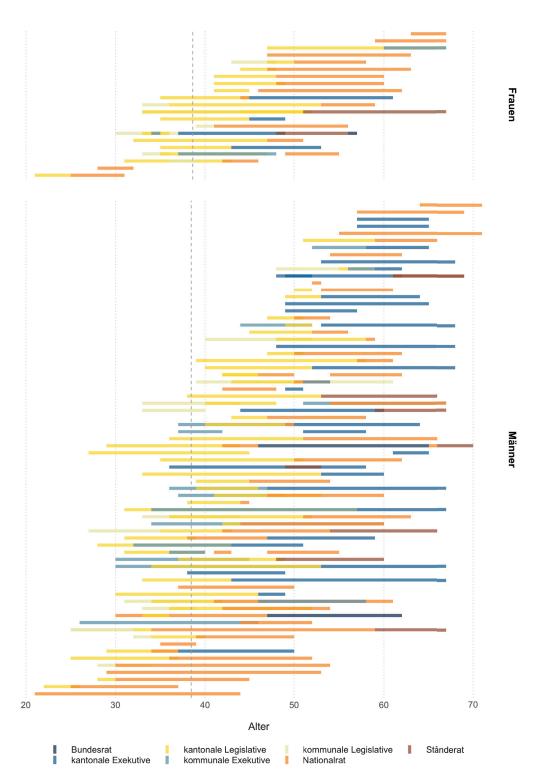


Abbildung A13: Karrieredauer aller bisherigen Politikerinnen und Politiker im Kanton Thurgau

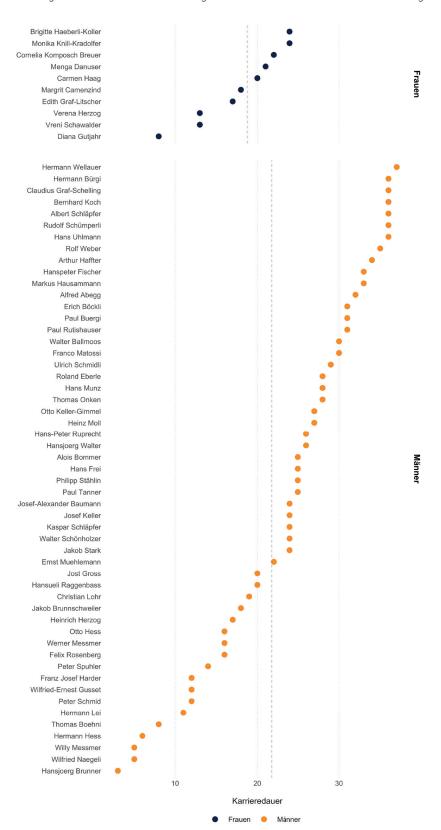
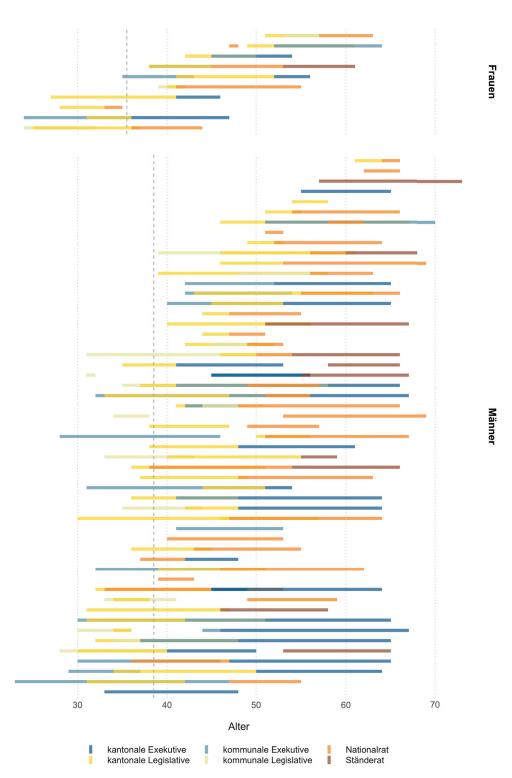


Abbildung A14: Karrierewege aller bisherigen Politikerinnen und Politiker im Kanton Thurgau



9.4 Gesprächsleitfaden

Politiso	che Sozialisierung, Elternhaus, Parteibeitritt				
A-1	War Politik in Ihrer Herkunftsfamilie ein Thema? Waren Ihre Eltern oder nahe Bezugspersoner politisch aktiv?				
A-2	Wann haben Sie angefangen, sich für Politik zu interessieren?				
A-3	Wann haben Sie sich zum ersten Mal politisch betätigt? Worin bestand Ihr erstes politische Engagement?				
 A-4	Wann & warum haben Sie beschlossen, einer Partei beizutreten?(Jahr / Alter)				
A-5	Warum gerade diese Partei?				
A-5b	Waren Sie / Sind Sie auch Mitglied in der Frauensektion/Frauenpartei?				
A-6	Sind Sie / Waren Sie vor dem Parteibeitritt bereits Mitglied bei einer oder mehreren der folger den Vereinigungen?				
	□ Gewerkschaft □ Kulturelle Organisation □ Berufsverband □ Kirchliche (religiöse) Organisation □ Politische Interessengruppe □ Soziale Organisation □ Sportverein □ Freizeitverein (z.B. Gesangsverein) □ Gewerbe-, Industrieverband □ Gemeinnützige Organisation □ Umweltorganisation □ Arbeitgeberverband □ Frauenorganisation □ Bauern-/Landwirtschaftsverband □ Andere: □ Andere:				
A-7	Gibt es Personen, die Sie konkret ermutigt haben, einer Partei beizutreten? Ev. nachfrager aus Partei, privates Umfeld				

A-8	Hatten Sie beim Einstieg in die Partei konkrete Vorstellungen Ihrer zukünftigen oder weiteren politischen Arbeit?
A-8b	Hatten Sie Vorbilder oder Rollenmodelle, an denen Sie sich orientierten?
A-9	Haben Sie in Ihrer Kindheit / Jugend Leistungssport betrieben bzw. intensiv ein Instrument gespielt?
A-10	Sind Sie im Allgemeinen sehr diszipliniert? Streng mit sich selbst?
A-11	Schätzen Sie sich als risikofreudig ein?
A-12	Wie gehen Sie mit Kritik um?
Parteia	rbeit, Aufstieg in der Partei & Konkurrenz
B-1	Wie wurden Sie von der Partei aufgenommen? (Stimmung, Konkurrenz, Förderung)
B-2	Welche Ämter bzw. Aufgaben haben Sie in Ihrer Partei zu Beginn ausgeführt? (ev. nachfragen)
B-2b	Waren Sie «die einzige Frau» bzw. «die erste Frau» in Ihrer Rolle/Amt? Wie war diese Situation für Sie?
B-3	Gab es Personen, die Sie ermutigt haben, für ein öffentliches Amt zu kandidieren? (Partei, Beruf, Privat)
B-3b	Gab es auch Personen (oder Situationen), die Sie entmutigt haben, für ein Amt zu kandidieren? (Partei, Beruf, Privat)
	Hinweis: allenfalls nachfragen, inwiefern eigene Ambition weiteren Karriereverlauf geprägt hat
B-4	Waren Sie zu Beginn Ihres politischen Engagements berufstätig?
	 □ Selbstständig erwerbend □ Vollzeit erwerbstätig □ In Ausbildung □ Hausfrau/-mann □ AHV-Rentner/-in □ IV-Rentner/-in □ Arbeitslos □ Nicht erwerbstätig □ Anderes:

Politische Partizipation von Frauen in der Ostschweiz.

B-5	Was denken Sie persönlich, weshalb wurden Sie in Ihr erstes öffentliches Amt gewählt? Kon- krete Gründe nennen bzw. was war der wichtigste Grund?				
	Mehrere Nennungen möglich □ Verankerung in Wahlkreis □ Unterstützung durch Partei □ Unterstützung im Privaten □ Politisches Beziehungsnetz □ Mitarbeit in Interessensorganisationen □ Berufliche Kompetenzen □ Andere: □ Bekanntheitsgrad in Medien □ Andere:				
B-6	Gibt es Ihrer Meinung nach Faktoren, die vor allem bei Frauen bzw. bei Männern ausschlaggebend waren/sind, damit sie gewählt werden?				
Verlauf	und Unterstützung während politischer Karriere, Schritt auf nationale Ebene/kantonale Exekutive				
C-1	Wie haben Sie Ihre Wahlchancen nach Ihrer ersten Nominierung für ein nationales Amt / kantonale Exekutive eingeschätzt?				
C-2	War Ihre erste aussichtsreiche Nominierung als Kandidatin unumstritten oder mussten Sie sich gegen MitbewerberInnen aus der eigenen Partei durchsetzen?				
C-3	War das Geschlecht ein Thema bei der (ersten) Nominierung?				
	Nein □ Ja □				
	Hinweis: Wenn Sie "Ja" angekreuzt haben, Frage C-3b; Frage C-4.				
C-3b	Inwiefern war das Geschlecht bei der (ersten) Nominierung ein Thema?				
C-4	Gab es ParteifreundInnen, die gleichzeitig wie Sie ähnlich aussichtsreich kandidierten, aber nicht gewählt wurden? Was denken Sie, war ausschlaggebend? Warum wurden gerade Sie gewählt?				
C-5	Eine politische Karriere verläuft nicht immer gradlinig nach oben, häufig muss man auch Rückschläge verkraften. Welche allfälligen Rückschläge haben Sie stark geprägt?				
C-5b	Von wem fühlten Sie sich im Moment der Niederlage unterstützt?				

C-5c	Aufgaben oder Weitermachen: Können Sie Ihre Überlegungen schildern?
C-6	Wenn nicht Wahlkampf ist(war), wie viele Stellenprozente wende(t)n Sie pro Woche durch schnittlich für alle Partei- und Mandatsaktivitäten auf?
	Stellenprozente / Woche
C-6b	Wenn nicht Wahlkampf ist(war), wie viele Abende pro Woche sind Sie durchschnittlich für alle Partei- und Mandatsaktivitäten unterwegs?
	Abende / Woche
Repräs	sentation der Frauen und Vereinbarkeit
D-1	Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie generell in der Schweiz funk tioniert?
D-2	Wie stehen Sie zur Forderung einer Quotenregelung für eine ausgeglichene Geschlechterre präsentation in der Politik? (In der Wirtschaft?)
D-2b	Hat sich Ihre Haltung zur Quotenfrage über die Zeit geändert? Begründen.
D-3	Wie stehen Sie zu einer flexibleren Regelung von Quereinsteigenden ins Parlament? (Ein- und Ausstieg in Politik, z.B. betriebliche Beurlaubung, fixe Anzahl Ämter für gewisse Personen in Branchen, Amt per Los)
D-4	Während Ihrer Zeit als aktive Politikerin, wie viele Personen (Sie eingeschlossen), lebten in Ihrem Haushalt? Wie viele davon unter 5? Wie viele davon zwischen 5 und 15?
D-5	Wenn Sie Kinder oder ältere Menschen betreut haben während Ihrer Zeit als aktive Politikerin wie war diese Betreuung organisiert?
D-6	Was würden Sie unternehmen, um die Repräsentation der Frauen der Ostschweiz in politi schen Institutionen zu erhöhen?

Politische Partizipation von Frauen in der Ostschweiz.

_	Angaben zur Person (die meisten Angaben sind schon bekannt, aber allenfalls noch politische Karriere checken! (vgl. mit biographischen Angaben)		
E-1	Wann wurden Sie geboren?		
	(Geburtsjahr)		
E-2	Was ist Ihr höchster Schul- bzw. Ausbildungsabschluss?		
	 □ Keine Schulbildung □ Primarschule □ Sekundarschule □ Anlehre (mit Anlehrvertrag) □ Berufslehre oder Berufsschule □ Diplommittelschule oder allgemeinbildende Schule □ Handelschule oder Handelsdiplom □ Berufsmatura □ Maturitätsschule, Gymnasium oder Seminar □ Höhere Berufsbildung mit Eidgenössischem Fachausweis oder eidg. Diplom oder Meisterdiplom □ Höhere Fachschule (HF) für Technik, Wirtschaft (HGK, HWV, HFG, HFS, Ingenieurschule), Sozialarbeit o.ä. □ Fachhochschule (FH) oder Pädagogische Hochschule (PH) 		
	☐ Universität oder ETH		
E-3	Was ist Ihre aktuelle Beschäftigungssituation bzw. was war die Beschäftigung nach Austritt aus dem Amt?		

Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit!